

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Preis: 2 Pfennig monatlich, 1 Mark Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 - Postfach 6100 Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübelsplatz 10
Fernsprecher S. 21 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freimarkschlag werden nicht zurückgeschickt

Verschärfter Klassenkampf Noch ärgere Schröpfung der arbeitenden Schichten

F. K. Seit Wochen wurde die deutsche Öffentlichkeit unausgeseht mit Nachrichten gesiebt, im Reichskabinett gehe es wegen des Fehlbetrages in der Reichskasse hart auf hart. Die letzten Tage wurde gar gemeldet, die Gegensätze zwischen den Koalitionsministern seien derart scharf geworden, daß eine Überbrückung unmöglich sei und daß die Regierungskrise stündlich ausbrechen könne. Allzu tragisch sind diese Meldungen wohl nirgends genommen worden, weil man weiß, daß es Stellen gibt, die Gründe zur Katastropherei haben, und dann weiß sich die Arbeiterschaft keiner Taten dieser Regierung zu erinnern, die zu besonderer Anteilnahme an ihrem Schicksal reizen. Immerhin kann man annehmen, daß es im Kabinett an Streit um die neuen Steuern nicht gefehlt hat. Es muß dort wie draußen auf wirtschaftlichem Felde um die Frage gerungen werden, welche Klasse die nun durch den Young-Plan festgesetzte Last des Krieges tragen soll, die besternde Klasse oder das Proletariat.

Die besternde Klasse ist, das sollte man immer und immer wieder betonen, am Weltkrieg in hohem Maße mitschuldig und sie hat aus ihm gewaltige Gewinne gezogen, während die arbeitenden Schichten Leben, Gesundheit und Gut opferten. Dessenungeachtet denkt die besternde Klasse nicht im Traum daran, nun auch die Folgen ihrer Schuld zu tragen. Sondern sie fordert, daß die ganz ungeschulden Arbeiter, die die Last des blutigen Handgemenges getragen haben, auch keine bösen finanziellen Folgen allein durch die Jahrzehnte schleppen. Vergleichen hat die besternde Klasse in der Monarchie immer nachdrücklichst gefordert und durchgesetzt; und dies verlangt sie auch in der Republik — und setzt es durch. Wenn behauptet werden sollte, daß es der besternden Klasse in der Republik noch besser als in der Monarchie ergelut sei, die öffentlichen Lasten dem Proletariat aufzubürden, so würde es seine Schwierigkeit haben, das zu widerlegen. In der Tat.

Von dem Gesamtetat an Steuern usw. des am 31. März 1930 endenden Haushaltsjahres von 9246 Millionen Mark entfallen etwa 35 vH auf Besitzsteuern und 65 vH auf Massensteuern. Dazu kommt noch ein Nachtragsetat von 944 Millionen Mark, der sich ebenfalls zum größten Teile aus Massensteuern zusammensetzt. Trotzdem geht die Belastung der unteren Schichten ungehemmt weiter. Man wird sich noch erinnern, daß letzten Dezember die Agrarzölle erhöht wurden, die für das Jahr auf 100 Millionen Mark geschätzt werden und die gleichfalls die städtische und Industriebevölkerung zu tragen hat. Vor einigen Tagen haben wir vernommen, daß die hohe Reichsregierung, auf irgendeine Art von Gesetz sich berufend und ohne den Reichstag auch nur zu befragen, den Tee- und Kaffeepoll um ungefähr 50 Millionen Mark erhöht hat.

Jetzt, wo wir diese Zeilen schreiben, kommt die Nachricht, der Streit im Reichskabinett um die neuen Steuern sei zu Ende, eine Einigung sei zustande gekommen, die neuen Steuervorlagen würden dem Reichstage unverzüglich zugehen und nächste Woche werde alles vom Reichstage erledigt werden. Wie bei der berühmten „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, so geht sicherlich auch diese Einigung auf Kosten der unteren Schichten. Dafür spricht alle Erfahrung mit dieser Koalitionsregierung. Unsere Annahme wird zur Gewißheit durch den Umstand, daß in der „Einigungs“-Meldung nichts von dem vielumstrittenen Notopfer der Hochbezahlten zugunsten der Arbeitslosenunterstützung enthalten ist, während die Steuererhöhungen für Bier und Mineralwasser mit 20 Millionen Mark oben an stehen. Mit wieviel hundert Millionen die Arbeiterschaft die „Einigung“ der Koalitionsminister zu bezahlen hat, läßt sich noch nicht bestimmen feststellen, fest steht jedoch das eine, daß die Schröpfung des Proletariates um ein beträchtliches weiter getrieben ist oder doch versucht wird.

Wie im vorigen Jahre bei der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, so fehlt es auch jetzt nicht am guten Leuten, die erzählen, die neuen Steuererhöhungen, der Biersteuern auf das Glas Bier, der Beschäftigten auf die Ranne Kaffee, der Zehntelpennig auf die Zigarre könne doch dem Arbeiter nichts ausmachen. Die einseitigen Redensarten werden auch nicht durch den Hinweis besser, der Arbeiter könne auf Bier, Tabak und Kaffee leicht verzichten, weil sie ja keine lebensnotwendigen Dinge seien. Die guten Schwämer haben offenbar keine Ahnung, wie im Arbeitshaushalt mit Pfennigen und Pfennigbruchteilen gerechnet werden muß und daß die Gesamtheit der Lebensmittelpfennige eine beträchtliche Zahl von Pfennigen, nein von Mark ausmacht. Die neuen Massensteuern mögen auf den einzelnen Kauf berechnen nur Pfennige ausmachen, auf den Arbeiterhaushalt aber und mit den anderen Steuern machen sie erhebliche Summen aus, die der Arbeiter in saurer Fron verdienen muß.

So unerhört, so empörend nun auch die noch stärkere Schröpfung der arbeitenden Schichten ist, es wäre dennoch unangebracht, sich darob moralisch zu entrüsten. Wie beim Lohnkampf, so wird auch beim Steuerkampf harter, verschärfter Klassenkampf geführt. Wie im Betriebe, so entscheidet auch in der Gesetzgebung die Macht. Dort wie hier stehen sich Kapital und Arbeit Spitze gegen Spitze widereinander. Diese ehetne Tatsache willie nie außer acht gelassen werden. Zwar geht es im Parlamente, gibt es in der Koalitionsregierung bürgerliche Parteien, die sich mehr oder weniger laut als arbeiterfreundlich aufspielen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie alle vollständig einig sind, wenn es gilt, den Arbeiter zu scheren. Vielleicht daß die eine der bürgerlichen Parteien den Arbeiter

mehr vom Kopfe, die andere mehr vom Magen, die dritte mehr von der Lohnkürze her gescherzt wissen will, aber daß er gescherzt werden muß, darin sind sie alle einig. Jeder Zweifel an dieser Tatsache wird durch unzählige Vorgänge der letzten Jahre jermalmnt.

Man erinnere sich nur: Ersparnisse waren und sind notwendig. Hat man aber je davon gehört, daß an den 700 Millionen für den Militarismus, an den unerhört hohen Gehältern und Pensionen, an den millionenschweren Subventionen gespart worden wäre? Nein, aber dem Woloß sind in diesem Jahre trotz aller Finanznot noch 40 Millionen mehr hingeworfen worden. Andererseits ist die Wochenhilfe, die 40 Millionen von dem Colloctrag der Lohnsteuer für die Invalidenversorgung usw. um viele Millionen herabgesetzt oder gestrichen worden. Hat man je vernommen, daß die großen Einkommen stärker zur Steuer herangezogen werden sollen? Nein, aber die Unterstützung der Erwerbslosen wird abgeknabpft, Bier, Kaffee, Tabak, Mineralwasser und andere Lebensmittel werden durch

Ermittlungsverfahren gegen Krupp und Thyssen

Nach Friedensschluß wurde von mehreren Seiten, die Bescheid wissen, erklärt, während des Krieges sei ein Austausch von Kriegsmitteln zwischen den Feinden vor sich gegangen und auch deutsche Industrielle seien daran beteiligt gewesen. Die deutsche Justiz hörte offenbar nichts von der Anklage.

Vor einem Jahre erschien (im Handelsreiter-Verlag, Hamburg) die Schrift von Lehmann-Ruhbült über Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie (die wir wiederum eindringlich empfehlen), worin die Anlagen wiederholt wurden und Personen und Firmen genannt sind, die an dem Handel beteiligt waren. Die deutsche Justiz sah noch immer keinen Anlaß zum Eingreifen. Vor ein paar Monaten hielt der freibürger Professor Dr. Keller einen Vortrag in Zürich über das düsterste Kapitel des millionenfälligen Menschenmordes. Dem Reichsjustizminister wurde von einem Auslandsdeutschen ein Bericht von dem Vortrag ausgeben mit der Bitte, die Sache zu prüfen. Daraufhin ist der Oberstaatsanwalt veranlaßt worden, ein Ermittlungsverfahren gegen die Firmen Krupp und Thyssen einzuleiten.

Die beiden Firmen haben sich jetzt, nach einem Jahrzehnt, beieit, die Öffentlichkeit kund und zu wissen zu tun, daß sie die Geschäfte während des Krieges mit dem neutralen Ausland unter der Kontrolle des Reiches gemacht hätten. Demnach hätten unsere eigenen Kriegslieferanten gewissermaßen auf Geheiß des Reiches oder seiner Regierung den Feinden das Kriegsmaterial geliefert. Allein, man muß wissen, daß, wie ein früherer Direktor der Firma Thyssen schon 1920 mitteilte, das Reichamt des Innern der Schwerindustrie selbst die Kontrolle über die Ausfuhr übertragen hatte.

Nach dieser Erläuterung weiß man, welche Bewandnis es mit der Kontrolle hatte, auf die sich die beschuldigten Firmen Krupp und Thyssen berufen: die Kontrolle machten sie oder ihre Agenten selbst. Bei einer derartigen Kontrolle ging es selbstverständlich über den Kopf der Rüstungsindustriellen nicht schied, der Kasse des lieben Vaterlandes um so schlechter. Man höre: Thyssen lieferte der deutschen Heeresverwaltung Schutzschilde für 117 M das Stück, die den Franzosen zufolge 20 M herzustellen kosteten. Da für Holland die Frage Krieg oder nicht? zeitweise an einem Haor hing, mußte es für seine Rüstung sorgen. Es brauchte ebenfalls solche Schutzschilde. Thyssen lieferte sie für 68 M das Stück. Der ausgeschaltete Konkurrent Becker in Breda benutzte die Firma Thyssen beim Kriegsministerium. Sie mußte darob 100 000 M Strafe zahlen. Eine Kleinigkeit in An-

betracht des Gewinnes, der für die 100 000 Schutzschilde 5 Millionen Mark betrug.

Es wäre parteiisch gehandelt, wollten wir bei diesem Handel nur der deutschen schwerindustriellen Patrioten gedenken. Sie haben in andern Ländern ihre gleichwertigen Partner. Der englische Admiral Consett, der während des Krieges britischer Militärattaché in Stockholm war, beobachtete einen außergewöhnlich umfangreichen Handel mit englischer Ware nach Deutschland. Englische Die, Tee, Kaffee, ja selbst Döfeln wurden über Dänemark nach Deutschland gebracht, obwohl die britische Admiralität die strengste Blockade Deutschlands angeordnet hätte. Der erstauerte Kassa berichtete die Sache seiner Regierung. Im Unterhaus kam sie am 20. Januar 1916 zur Sprache — aber es geschah dort gegen die Schiebererei genau so viel wie in Deutschland — nämlich nichts!

Nun aber ist ein Ermittlungsverfahren gegen die Firmen Thyssen und Krupp eingeleitet. Daran kann man wieder mal erkennen, daß die deutsche Justiz die objektive Behörde von der Welt ist. Geht sie doch jetzt noch gegen Industriebarone vor, die im Krieg, als das Vaterland aus tausend Waffen dem Feinde besorgte, damit sie dem deutschen Heere möglichst gut widerstehen und es vernichten konnten. Die deutsche Justiz geht also tatsächlich gegen solche Leute vor — die Frage ist nur: wie weit?

Um die großen Patrioten braucht sich deswegen niemand zu grämen. Es wird ihnen nicht mehr geschehen als ihren würdigen Partnern jenseits der Grenzen. Sie alle machten doch nur ganz legitime Geschäfte — unter der Kontrolle ihrer Regierungen. Das muß man doch nun endlich mal einsehen. Sie bemühten sich doch, daß auf keiner Seite der Front ein Mangel an Nordwaffen eintrat. Hätten sie dem Mangel nicht abgeholfen, die Norderei wäre danach womöglich zu Ende gegangen. Wie hätte es da um die Große Zeit gestanden? Was wäre gar aus dem göldigen Geschäft geworden?

Das Geschäft war doch sehr erträglich. Den Waffengebrauchern wurde der Soldatentod zuteil, den Waffenerzeugern fetter Gewinn. Eine solche Einteilung hat für die großen Patrioten beachtenswerte Vorteile. Darum sind sie jetzt auch wieder für möglichst viele Soldaten, Panzerschiffe, Flugzeuge, Gasgranaten; und sie werfen schwere Summen aus für militärisch gebrauchte Wenden. Diese Ausgaben muß das ganz große Geschäft, der Krieg, wieder hundertfach einbringen. Die Kälter sind offenbar damit einverstanden. So müssen sie eben bezahlen und bluten und bezahlen. Jedes Volk hat die schwerindustriellen Patrioten, die es verdient.

Mehr arbeiten, weniger verbrauchen!

Der neue Angriff auf den Arbeitslohn eröffnet

Die Tarifverträge der Bauarbeiter sind für ganz Deutschland gekündigt worden. Und dies zu dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne herabzusetzen. So haben die Unternehmer die Kündigung begründet, und überdies hat die halbamtliche Industrie- und Handelszeitung am 26. Februar mit dünnen Worten geschrieben, es handle sich darum, daß „zunächst die Arbeitslöhne (im Baugewerbe) auf ein normales Maß zurückgeschraubt werden“. Abgesehen sind wenigstens einige Kapitalvertreter so gütig, bei dieser Gelegenheit auch den wahren Zweck der Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung einzuflechten. Einer dieser Herren schrieb am 16. Februar in der Berliner Börsenzeitung: „Jetzt bildet die Arbeitslosenversicherung das Rückgrat für das fortgesetzte Anziehen der Lohnkürzungen ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage.“ — Unsere Leser erinnern sich, daß wir das immer gesagt haben: nicht wegen der Reichsfinanzen wollen die Unternehmer die Arbeitslosenversicherung zerrüttern; sondern damit die Arbeitslosen ganz nackt und schutzlos sind und ohne jede Hemmung auf den Lohn der Beschäftigten drücken. Hier haben wir die nächste Bestätigung.

Es beginnt also jetzt die große Aktion zur „Stellung der deutschen Wirtschaft“, wofür die Unternehmer unerträglich die Parole ausgeben: mehr arbeiten und weniger verbrauchen. Eine Lösung, die selbstverständlich nur für die Arbeiter gelten soll. Wir wollen nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang nochmal daran zu erinnern, daß unser vielgenannter Reichsbankpräsident Schacht keineswegs der reichste

Mann in Deutschland ist. Im Gegenteil, seine 240 000 M Jahreseinkommen nehmen sich geradezu bescheiden aus neben dem, was die Direktoren von Privatbanken in Deutschland „verdienen“. Herr Jakob Goldschmid zum Beispiel von der Darmstädter und Nationalbank schätzt man auf 1 bis 1,2 Millionen Mark jährlich, und er ist nur einer von etwa 50 deutschen Bankdirektoren, die alle ungefähr ebensoviel haben. Für diese Leute gilt sicher nicht das Wort vom „weniger verbrauchen“. Aber für die Arbeiter soll es gelten und soll ihnen, jetzt durch direkte Lohnkürzung, aufgezwungen werden.

Aus dem Inhalt

	Seite
Verschärfter Klassenkampf — Ermittlungsverfahren gegen Krupp und Thyssen — Mehr arbeiten, weniger verbrauchen!	81
Schwarzkopf wieder ohne Dividende	82
Der Heerbau der Gegner — Kartellierung der Kleinrentnerindustrie — Anlauf der Lohnquetscher	83
Volkstrauertag — Der Kauf ohne Anzahlung — Verbundenheit — Zum Kameraden erzogen	84
Die Lappalle — Frühjahrmesse 1930/10 Jahre technische Messe	85
Zwischen zwei Jubiläen — Doppelverdiener — Betriebsrätekonferenz in Hannover — Betriebsrätekonferenz in Nürnberg — Von den Schlitzwimmern	86
Kohlensorgen der Weltwirtschaft — Wahrheit und Dichtung in der Landwirtschaft — Kälteperiode und Betriebsrisiko	87

Kun haben wir schon wiederholt nachgewiesen, daß da eigentlich keine besonderen Zwangsmaßnahmen mehr nötig sein sollten, internal und allseitig die fortgesetzte Verminderung des Verbrauchs bei den deutschen Arbeitern schon längst im Gange ist. Dieser unser Nachweis wird jetzt aufs neue unterstüzt durch ein umfangreiches und sehr vorsichtig bearbeitetes Material, das W. Woytinski am 1. März in der Gewerkschaftszeitung veröffentlicht. Mehr noch: aus dem Material geht klipp und klar hervor, daß die gesamte Parole der Unternehmer bereits in voller Erfüllung ist, nicht nur das weniger Genieße, sondern auch das mehr Arbeiten.

Aus den von der amtlichen Statistik gesammelten Zahlen geht nämlich hervor, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage des Jahres 1929 erheblich mehr in Deutschland erzeugt worden ist als in dem guten Geschäftsjahr 1927. In sorgfältiger und, wie gesagt, sehr vorsichtiger Weise (sobald er sich für die Wahrheit zurückbleibt) rechnet Woytinski aus, daß Erzeugung und Umsatz in Deutschland 1928 etwa um 7 vH größer waren als 1927, und 1929 etwa um 9 vH größer. Es ist also zweifellos mehr gearbeitet worden.

Diese größere Produktion wurde mit weniger Arbeitskräften geleistet. Durch Berechnung einerseits der neu hinzugekommenen Arbeitskräfte, andererseits der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kommt Woytinski zu dem Ergebnis, daß der Aufwand an Arbeitskraft 1929 alles in allem etwa um 2 vH kleiner gewesen sei als 1927. Sicherlich ebenfalls ein gewiß nicht übertriebenes Ergebnis. Daraus ergibt sich, daß jede einzelne Arbeitskraft 1928 ungefähr 5 1/2 vH mehr geschafft hat als 1927, und 1929 rund 11 vH mehr als 1927.

Die Vermehrung der Arbeit ist also da. Und man vergesse nicht, daß es sich hier um zwei Jahre mähtigen und sogar schlechten Geschäftsganges handelt. Trotzdem hat jeder einzelne deutsche Arbeiter von Jahr zu Jahr erheblich mehr geleistet. Der eine Teil der Unternehmerforderung, mehr arbeiten, mehr produzieren, wird in vollem Umfange erfüllt. Wie steht es mit dem andern Teil, weniger verbrauchen?

Hier stellt Woytinski abermals ein sehr bescheidenes Maß auf, ein in Wahrheit viel zu bescheidenes, nämlich daß die Löhne um ebensoviel wachsen sollen wie die Produktivität, ohne auf der andern Seite den von der vermehrten Arbeit geschaffenen Mehrwert zu übersteigen. Sie wachsen aber nicht in demselben Maße. Zwar ist der Geldlohn — laut Vergleich der amtlichen Lohnstatistik mit der des DGS — 1928 um 7 1/2 bis 8 vH, 1929 um 4 bis 5 vH gestiegen. Jedoch muß bekanntermaßen der Geldlohn nach den gestiegenen Lebenshaltungskosten umgerechnet werden und dann kommt (auf Grund des amtlichen Index) heraus, daß der wirkliche Lohn 1928 nur um 4 1/2 bis 5 vH und 1929 nur um 8 bis 9 vH größer war als 1927.

In einer Tabelle zusammengefaßt, sieht das so aus:

	Produktion	Leistung jeder einzelnen Arbeitskraft	Wirklicher Lohn
1927	100	100	100
1928	107	105,5	104,5—105
1929	109	111	108—109

Selbst nach dieser vorsichtigen Berechnung ist also der wirkliche Arbeitslohn nicht in demselben Maße gewachsen wie die Produktion und noch weniger als die Leistung. Es kommt noch hinzu — was Woytinski absichtlich aus dem Spiel läßt —, daß der amtliche Index die Dinge viel zu günstig malt. Alle Welt gibt das schon längst zu. In Wahrheit bleibt die Zunahme des Arbeitslohns noch weiter hinter Produktion und Leistung zurück.

Was also wollen eigentlich die deutschen Unternehmer? Ihr so eifrig angepriesenes Heilmittel: mehr arbeiten, weniger verbrauchen, ist schon längst in voller Anwendung. Hat es geholfen? Hat es die deutsche Wirtschaft gerettet oder auch nur die Zustände erträglich gemacht? Das Gegenteil ist richtig.

Die Gründe liegen klar auf der Hand. Geht nämlich, das bescheidene von Woytinski aufgestellte Maß werde erfüllt, das heißt die Löhne würden um ebensoviel steigen, wie die Produktivität (Arbeitsleistung) — was wäre die unausweichliche Folge? Der Profit würde auch nur in demselben Verhältnis wachsen. Das aber genügt dem Kapitalismus nicht. Er braucht schon eine wachsenden Profit, sonst kann er nicht bestehen. Und so ist er auf raffische verzweifelte Ausbeutung der Arbeiter angewiesen. Das ist das Geheimnis, das ist die wirkliche Antikraft, die hinter unserer gesamten Politik steht, hinter den Beratungen über die „Reform“ der Reichsfinanzen nicht minder als hinter dem Angriff auf die Löhne der Bauarbeiter.

Schluß.

Proletarisierung der Flieger

Nach der verhältnismäßig kurzen Zeit, seitdem die Flieger zur „alten Gesellschaft“ gehören, sind sie der Seele des Flugwesens, das sie zu helfen und anzugewöhnen das Flugzeug. Man ist jedoch das Flugwesen über die erste Zeit der Romantik hinaus, gelangt auch schon mit der zunehmenden Romantisierung des Flugwesens die Proletarisierung der Flieger. Diese Entwicklung macht besonders schnelle Fortschritte in den Vereinigten Staaten, wo der Flieger auf die Stellung eines Chasseurs herabgedrückt wird. Deshalb beginnen sich die Flieger gewerkschaftlich zu organisieren. Die Flieger, die Flieger des Kaiserlichen Luftdienstes, des letzten Kommandos, macht sich dabei ganz besonders verdient. Zusammen mit einem anderen bekannten Flieger hat er bereits auf eigene Rechnung Tausende von Fliegern verbannt, um die Organisation einzuleiten. Die Bewegung macht schnelle Fortschritte. In Analogie, einem Mittelmann des Verkehrs, ist bereits eine Gewerkschaft gegründet und beim amerikanischen Gewerkschaftsbund zur Mitgliedschaft angemeldet worden. Andere Gewerkschaften sind in Vorbereitung. Das Ziel ist: Einführung von gerechten Löhnen; kürzere und unregelmäßige Arbeitszeit; allgemeine Verbesserung und Verwirklichung der Arbeitsbedingungen; Abschluß von Kollektivverträgen.

Über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Flieger schreibt ein amerikanisches Gewerkschaftsblatt: Den Angaben des Gesellschaftsbundes zufolge gibt es in den Vereinigten Staaten bereits über 10000 militärische Flieger, von denen ungefähr die Hälfte auf regulären Post-, Passagier- und Expeditionsbesatzungen ist. Ihre Unterbringung hat erhebliche Schwierigkeiten mit jenen des Eisenbahngewerkschaften. Sie werden in kleine Gruppen je nach dem Umfange des Flugwesens und der Art des zu überfliegenden Gebietes geteilt. Die Besätze 4 bis 7 Mann die Woche (1 Woche = 16 Tage). Für Postflüge und Arbeit über Bergen werden höhere Löhne bezahlt. Einige Gesellschaften haben in letzter Zeit auch Besatzungsleiter eingestellt, die sich nach dem Gewicht der Ladung richten. Die Arbeitszeit beträgt gewöhnlich 40 Stunden. Doch ist diese Arbeitszeit auch im allgemeinen ein fester Tag gewöhnlich. Als die große transkontinentale Fluglinie von Kansas nach San Francisco nach Mexiko und von der Westküste nach Osten, werden die Flieger bis zu 1000 Dollar im Jahr. Seit letztem Jahre hat man keine Fluglinien privaten Gesellschaften übertragen hat, sind die Löhne fast ständig gestiegen. Ferner werden die Flieger in vielen Fällen gezwungen, auch Reparaturen und andere Arbeiten zu verrichten, die früher vom Personal an den Landungsplätzen besorgt wurden.

Schwarzkopff wieder ohne Dividende

Nicht eine einzige Dampflokomotive für die Reichsbahn geliefert

Von Julius Fries

Die Berliner Maschinenbau AG vormals I. Schwarzkopff klagt in ihrem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht für das am 30. Juni 1929 abgelaufene Geschäftsjahr, daß sich infolge der seit Oktober 1927 andauernden nahezu völligen Einstellung der Vergebung von Lokomotivaufträgen der Reichsbahn die in den 60 Jahren des Bestehens der Abteilung Lokomotivbau noch nicht dagewesene Tatsache ergeben habe, daß in dem abgelaufenen Geschäftsjahre nicht eine einzige Dampflokomotive für das heute in der Deutschen Reichsbahn vereinigte Bahnetz die Werkstätten verlassen habe. Die Betonung, die hier auf das Wort Dampflokomotive gelegt wird, läßt vermuten, daß von der Reichsbahn wenigstens Aufträge anderer Art eingegangen sind. Aber auch wegen der Dampflokomotive stimmt die Angabe nicht, denn wenn wir einige Zeilen im Geschäftsbericht weiterlesen, erfahren wir, daß Schwarzkopff doch im Februar 1929 von den damals ausgeführten 12 Dampflokomotiven einen Auftrag auf 7 erhalten hat. Hier handelt es sich um die erste Auslieferung des im Dezember 1928 mit der Sächsischen Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann AG, Chemnitz, geschlossenen Vertrages, demzufolge sich die Hartmann-Gesellschaft verpflichtete, den von ihr betriebenen Lokomotivbau für das In- und Ausland aufzugeben. Durch diesen Vertrag hat Schwarzkopff neben Beziehungen zu einzelnen ausländischen Bahngesellschaften den dem Lande Sachsen zuteilenden Anteil an Lokomotivaufträgen der Reichsbahn gewonnen.

Die Höhe des Gesamtumsatzes wird leider nicht angegeben. Der Geschäftsbericht vermerkt nur, daß im Zusammenhang mit der schweren Krise, die nach wie vor am Lokomotivmarkt herrscht, der Umsatz im Geschäftsjahr 1928/29 erheblich geringer war als im vergangenen Jahre. 58 vH des Umsatzes gingen ins Ausland. Eine Dividende gibt es wieder nicht. Nach der Umstellung auf Goldmark hat es nur einmal für das Jahr 1926/27 eine Dividende von 6 vH gegeben. Das war in dem gleichen Jahre, in dem die Gesellschaft ihr 75jähriges Bestehen feierte, also gewissermaßen damit auch die Aktionäre etwas zum Feiern hatten. Die Ausschüttung einer Dividende wäre aber im vergangenen Jahre und auch diesmal sehr wohl möglich gewesen, eine Aktionärsmehrheit hat sogar deswegen eine Klage angestrengt, wovon weiter unten noch die Rede sein wird.

Als Aktiengesellschaft besteht Schwarzkopff schon 60 Jahre. Vor dem Kriege gab es zuletzt eine Dividende von 16 vH. Dieses Unternehmen gehört zu den Gesellschaften, die an dem Ausbau des europäischen Eisenbahnnetzes gewaltig verdient haben. Für weite Strecken in Ostpreußen und Schlesien hat die Gesellschaft das gesamte Oberbaumaterial geliefert. Lokomotiven werden erst seit 1867 gebaut. Damals waren allerdings andere Zeiten für die Lokomotivindustrie als heute. 1867 verließ die erste Lokomotive der Schwarzkopffschen Werkstätten, und zwei Jahre später war bereits die hundertste Lokomotive fertiggestellt. Im gleichen Jahre erfolgte auch die erste Lieferung einer Lokomotive ins Ausland, und zwar nach Rußland für die Kursk-Charkower Bahn. An dem Ausbau der weiten russischen Bahnstrecken war Schwarzkopff ebenfalls hervorragend beteiligt. Heute stellt die Gesellschaft außer Dampflokomotiven für alle Spurweiten Untergerüste für elektrische und Druckluftlokomotiven, Hochdruckkompressoren für Bergwerke usw. her. Daneben wird die bekannte Limonpe-Grasmaschine für Buch- und Zeitungsbund, ferner die Dvornik-Flaschenmaschine, die Tausende von Glasbläsern brotlos machte, hergestellt. Schließlich baut Schwarzkopff noch Dampf- und Motorstraßenwalzen, Straßenanfräsmaschinen, Sprengwagen sowie eine Reihe von Maschinen für Druddereien und Papierverarbeitung.

Im Februar 1929 war eine Belebung des gegen Ende des Jahres 1928 stark gesunkenen Bestellungsanges zu verzeichnen, insbesondere gingen mehrere anspruchsvolle Lokomotivaufträge aus dem europäischen und überseeischen Ausland ein. Diese Auslandsaufträge gewährleisteten der Gesellschaft nach eigener Angabe eine im Vergleich zum Vorjahre erheblich verbesserte Beschäftigung. Es ist möglich gewesen, die fast verminderte Beschäftigung teilweise wieder auszubalen. Die Zahl der Werkstatteigenen ist heute um 55 vH größer als zur Zeit des Tiefstandes im abgelaufenen Geschäftsjahre. Sie beträgt heute wieder rund 4000. Gleich auf diese erfreuliche Feststellung folgt im Geschäftsbericht die Klage, daß die heute erzielbaren Preise und sonstigen Bedingungen zu wünschigen übrig lassen. Wörtlich heißt es dann: „Wie weit besonders die gegen Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres der Metallindustrie erneut aufge-

zwungen und ihren Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragenden Lohnerhöhungen auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres sich auswirken werden, wird erst der Abschluß des neuen Geschäftsjahres ausweisen können.“

Vergeßlich suchen wir aber in der Gewinn- und Verlustrechnung nach einem zahlenmäßigen Beweis für die hier behauptete übergroße Belastung durch Lohnausgaben; die Löhne sind vielmehr nach alter Übung vor Ausweis des Rohgewinns abgebucht worden. Als Generalunkosten werden diesmal 2,87 Millionen gegen 2,95 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen. Hier ist also sogar eine Senkung zu verzeichnen, die Steuern werden nicht besonders ausgewiesen. Es wird also nicht einmal der Versuch gemacht, höhere Unkosten nachzuweisen. Der Rohgewinn wird mit 3,9 Millionen (gegen 4,7 Millionen Mark im Vorjahre) genannt. Der Reingewinn, der vor zwei Jahren mit 1,3 Millionen, im Vorjahre mit 1,04 Millionen Mark ausgewiesen wurde, beträgt diesmal nur 100 230 M. Davon bekommen die 445 000 M. Vorkaufsalien ihre verbürgten 6 vH Dividende, wozu 26 700 M. erforderlich sind. Der Rest von 75 531 M. wird in neue Rechnung vorgetragen.

Vor dem Kriege arbeitete die Gesellschaft mit einem Kapital von 12 Millionen Mark, nach der Umstellung auf Goldmark wurde das Papiermarkkapital erst auf 24 Millionen Mark festgelegt, im Jahre 1925 wurden 6 Millionen Mark Vorkaufsalien eingezogen, so daß jetzt das Kapital 18 Millionen Mark beträgt. Davon sind noch 2,5 Millionen Mark Vorkaufsalien. Das Konto eigene Aktien steht daher völlig unverändert, die Konten Grundstücke, Gebäude, Maschinen nur unwesentlich verändert zu Buch. Bemerkenswert ist, daß die Maschinen heute mit 3,13 Millionen Mark zu Buche stehen gegen 3,99 Millionen Mark am 30. Juni 1914, also trotz Modernisierung und Rationalisierung selbst ohne Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes ganz wesentlich geringer als vor dem Kriege. Ganz erhebliche stille Reserven dürften auch in der Bewertung des Grundeigentums liegen. Es handelt sich insgesamt um fast 1,3 Millionen Quadratmeter, die nur mit 3,4 Millionen Mark bewertet sind, trotzdem darunter wertvolles Gelände unmittelbar am Stettiner Bahnhof in Berlin sich befindet, das allein vielleicht schon mehr wert ist als der gesamte Buchwert der Grundstücke.

Auf dem Beteiligungskonto ist diesmal eine Abschreibung in Höhe von 500 000 M. zu Lasten der aus dem vorjährigen Gewinn gemachten Sonderrücklage von 1 Million Mark vorgenommen worden. Der Geschäftsbericht bemerkt hierzu, daß diese Abschreibung erfolgen mußte, weil die Aktien der Sächs. Maschinenfabrik Hartmann, die schon bei der Übernahme nur mit 16 vH bewertet waren, inzwischen auf etwa 8 vH im Kurse gesunken sind. Das Beteiligungskonto hat sich trotzdem gegenüber dem Vorjahre erhöht und beträgt heute 2,24 gegen 1,75 Millionen Mark. Das letzte Mal. Hierin sind die Hartmann-Aktien neu enthalten. Die Außenstände werden um 1 Million Mark geringer ausgewiesen als im Vorjahre, und zwar mit 6,4 Millionen Mark. Wie diesmal ausdrücklich bemerkt wird, ist darin ein Bankguthaben in Höhe von 1,68 Millionen Mark enthalten. Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist nicht möglich, weil diese Angabe im Vorjahre fehlte. Vorräte und halbfertige Fabrikate werden mit 8,2 statt 7,2 Millionen Mark ausgewiesen. Auf der anderen Seite der Bilanz werden die Verbindlichkeiten mit 6,6 Millionen Mark, das sind 600 000 M. mehr als im Vorjahre, ausgewiesen. Hierzu bemerkt die Verwaltung jedoch ausdrücklich, daß in dem genannten Betrage 1 Million Mark für einen langfristigen Vorschuß enthalten ist, der anscheinend aufgenommen wurde, um die Hartmann-Aktien zu übernehmen. Die laufenden Verbindlichkeiten sind demnach geringer als im Vorjahre.

Die Verwaltung stellt in ihrem Bericht weitere Stilllegung von Lokomotivfabriken in Aussicht. Bis jetzt seien nur Fabrikationsstätten mit geringem Anteil an der Produktion und teilweise sehr geringer Bedeutung für das Auslandsgeschäft stillgelegt worden. Die sechs stillgelegten Lokomotivfabriken machen zwar fast ein Drittel von der Mitte 1928, dem Beginn der Lokomotivnationalisierung, noch bestehenden zwanzig deutschen Lokomotivfabriken aus, diese sechs stillgelegten Werke umfassen aber nur etwa ein Sechstel der gesamten Leistungsfähigkeit der deutschen Lokomotivfabriken. Der bestehende Wettbewerb ist daher nach Meinung der Schwarzkopff-Verwaltung noch nicht wesentlich gemindert, weitere Stilllegungen seien deshalb notwendig und werden zweifellos folgen.

Ausbau der Streikversicherung

Die Unternehmer können ihre Streikversicherung aus. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände macht darüber in ihrem Geschäftsbericht nähere Angaben. Die Streikversicherung wurde von der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner besorgt. Daneben bestehen noch Streikversicherungen anderer Verbände, die aber mit dem Deutschen Streikfonds verbunden sind. Die Jahresannahme betrug 1929 mehr als 1 800 000 M. 1928 wurden kaum 600 000 M. eingenommen. Hieran geht man die vergrößerte Richtigkeit des Unternehmens. Weiter heißt der Geschäftsbericht: „Der Streikfonds des Deutschen Streikfonds, der durch die Inflation vergrößert wurde, ist trotz starker Inflationzunahme im Jahre 1928 durch umfangreiche Streiks, besonders in der Holzindustrie, der Eisenindustrie und einiger Teile der Holzindustrie, auf fast 2 Mill. M. angewachsen, so daß die Gewerkschaft im Jahre 1930 voraussichtlich über 4 Mill. M. verfügen wird.“ Die Unternehmer können sich Arbeiter, tat ihr beschließen?

Unternehmen über die Gewerkschaftspresse

Der neueste Geschäftsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände befaßt sich auch mit der Gewerkschaftspresse. Dort steht zu lesen:

Neben der Kapitalmacht der Gewerkschaftsverbände tritt als weiteres gewerkschaftliches Kampfinstrument die Presse auf. Über deren Entwicklung, Ausdehnung und Bedeutung der Bedeutung der internationalen Presseentwicklung in Köln in einflussreicher Weise nachrichtlich wurde. Es kapitalistische Gewerkschaftsblätter erscheinen als Verbandssorgene. Holz-, Jugend- und Spezialzeitschriften in einer Auflage von 691 000 Stück. Die vollständige Jahresausgabe erreicht 1927 eine Höhe von 101 Millionen. Für 1928 wird je eine Million betragen. . . Diese Zusammenfassung ergibt, daß hier täglich viele Millionen mit den fe beherrschenden Gedankenorgane verteilt werden und in ihnen geschult werden. Auch die gewöhnlichen Lesenden der einzelnen Gewerkschaftsblätter für Zwecke der Verwirklichung der öffentlichen Meinung ergeben ein einheitliches Bild von der auf diesem Gebiete geleisteten Arbeit und

des durch sie mit dem Zwecke der Nachgewinnung erzielten Einflusses. Sämtliche Gewerkschaftsrichtungen verfügen über eine große Anzahl von Zeitchriften und besitzen außerdem neben rührigen Lesersammlungen noch Korrespondenzen, die den täglichen Dienst der Leitungen gegenüber versehen. Hinzu kommt, daß sowohl die freien wie die christlichen Gewerkschaften große Tagungszeiten besitzen, deren Zeitung in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Zeitung der betreffenden Gewerkschaft steht. Die für das Jahr 1928 herausgegebenen Jahresberichte der einzelnen Gewerkschaften geben ein anschauliches Bild der von ihnen geleisteten Arbeit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.“

Die Bedeutung, die in diesen Sätzen der Gewerkschaftsberichte ausgesprochen wird, scheint uns zu reichlich. Ganz so weit sind wir — leider — noch nicht. Deswegen ist ja der Forderung der Gewerkschaftspresse gebildet worden, der zu seinem Teil unserer Presse mehr Anziehungskraft und Einfluss schaffen soll. Er hat in der kurzen Zeit seines Bestehens schon manches erreicht. Viel bleibt indes noch zu tun. Aber auch das wird allgemach erreicht werden. Kurz, mit uns alles, um unserer Presse jene Bedeutung zu geben, die aus dem Bericht der Zeitgenossen jenseits der Parteilinie spricht. Wir nehmen an, daß sie unsere Bemühung in ihrem nächsten Bericht — dankend anerkennt.“

100 Aktionäre vertreten 781 Millionen

In den Aktiengesellschaften hat man eine Demokratisierung des Kapitals gesehen. Daß sie diese Aktion nicht erfüllt haben, zeigt sich besonders bei den großen Gesellschaften. Die Vereinigte Stahlwerke AG hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Dort waren 100 Aktionäre anwesend, die insgesamt 71 Mill. M. vertreten. Jeder Aktionär mußte 75 Mill. M. Die Gesellschaften Bergwerks AG hatte allein 800 Mill. und die Rhöngrube 215 Mill. hinter sich. Neben den Gründergesellschaften, die zum großen Teil Goldminen-Gesellschaften geworden sind, hatten die Großbanken große Aktienpakete zu vertreten. Ein Riesenschatz, gegen den frühere Begriffe der wirtschaftlicher Wertschätzung verblasen.

Der Heerbann der Gegner

Die Arbeitgeberverbände berichten

Vor kurzem gab die Vereinigung der Arbeitgeberverbände ihren Geschäftsbericht heraus, der die Zeit von Anfang 1927 bis Mitte 1929 umfaßt. Eine Fülle von Material ist hier zusammenggetragen. In der Einleitung wird ausgeführt, daß die Steigerung der öffentlichen Aufwendungen, die sozialen Anforderungen und die Erhöhung der Löhne eine Gesamtbelastung im Jahre 1929 gegenüber 1926 von rund 17 Milliarden Mark ergeben hat. Einzelberechnungen, wie diese Mehrbelastung zustande gekommen ist und woraus sich die Summe von 17 Milliarden zusammensetzt, werden nicht gemacht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich und man muß die Angaben als sehr fragwürdig bezeichnen. Es wird weiter ausgeführt, daß diese außerordentliche Mehrbelastung die deutschen Unternehmer zu einer umfassenden Rationalisierung gezwungen habe. „Man kann heute rückwärtend sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Überlastung der Wirtschaft erzeugene (?) Rationalisierung in unserer kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat.“

Die Vereinigung wehrt sich gegen den Vorwurf der Fehlanlagen von Kapital infolge der überstürzten Rationalisierung durch den Finanzmarkt, „daß der größte und verhängnisvollste Fehlauf der letzten Jahre, wie er in vorliegendem skizziert ist, entgegen den begründeten Warnungen und dem Widerstand der Unternehmer von den gleichen Kräften erzwungen worden ist, die sich nicht Genüge tun können in absparendem Kritik der Unternehmerleistung“. Das ist eine sehr billige Behauptung. Wenn die Unternehmer die Bezeichnung Wirtschaftsführer für sich beanspruchen und dann in der Organisation der Produktion zu Fehlanlagen kommen, dann klingt es sehr eigentümlich, wenn die Schuld dieser verfehlten Wirtschaftsführung auf diejenigen abgewälzt wird, die man bewußt von jedem Mitbestimmungsrecht ausschaltet.

Natürlich fehlt es nicht an Seitenhieben auf die von den regierenden Körperschaften beeinflusste Wirtschaftspolitik. Allerdings bequem man sich doch zu einem Eingeständnis: „Man mag zugeben, daß es unendlich schwer für unser Volk und seine Regierung ist, nach unserem Zusammenbruch, nach der tiefgreifenden Umgestaltung unserer politischen Struktur mit der Anlagerung der politischen Gewalt in der Richtung solcher Volksteile, die bisher ohne Verantwortung für eine praktisch durchführbare und erfolgreiche Staatsführung in der Opposition gestanden haben, und angesichts der Umwälzungen technischer und organisatorischer Art im Raum der Wirtschaft die optimale Linie unseres Staatswesens zu finden.“ Dieses Eingeständnis wird nicht unterstützt durch praktische Vorschläge, wie sich die Vereinigung eine Wirtschaftspolitik denkt, die dem begründeten Streben der arbeitenden Massen Rechnung trägt.

Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände ist durchaus nicht ein so einheitliches Gebilde, wie man dies erwarten sollte. Bekanntlich ist sie erst nach dem Kriege entstanden. Ziel der Vereinigung war es, die sachlich und gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbände organisch zu verbinden. „Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Verankerung des Grundgedankes, daß unter Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationsformen jeder Arbeitgeber sowohl sachlich wie gemischt-gewerblich organisiert sein soll.“ Die Vereinigung faßt Unternehmer mit 6,4 Millionen Arbeiter zusammen. Insgesamt sind entweder durch direkte Mitgliedschaft oder sonstwie 3009 Arbeitgeberverbände angeschlossen.

Eine stattliche Anzahl von Seiten wird den Arbeiterorganisationen gewidmet. Alle Gruppen und Richtungen werden aufgeführt. Das scheint nicht ganz ohne Absicht geschehen zu sein. Vielleicht will der Bericht auf die Unternehmer beruhigend einwirken, indem er ihnen die leider wirklich große Zahl von Arbeiterorganisationen aller Richtungen vor Augen führt. Sogar die „wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen“ werden mit ihren elf Spitzenverbänden genannt. Und auch aus den Reihen, die von den Kommunisten und ihrer Opposition gegen die freien Gewerkschaften handeln, merkt man die vergnügte Zufriedenheit der Unternehmer über die gewerkschaftliche und politische Zerrissenheit der Arbeiterchaft. Warum auch nicht? Hat es doch die Deutsche Allgemeine Zeitung erst kürzlich bescheinigt, wie sehr die Unternehmer die Kommunisten als Stützgruppe im Kampfe gegen die sozialistisch organisierte Arbeiterchaft betrachten und schätzen. Für jeden Gewerkschafter enthält der Bericht der Arbeitgeberverbände jedenfalls die ernste Mahnung, alles mögliche zu tun, um die organisatorische Einheit, die wir bei den Unternehmern beobachten, auch in der Arbeiterchaft herbeizuführen. Eine Spaltung der Unternehmer ihrer politischen oder religiösen Einstellung nach gibt es nicht. Bei ihnen sitzt der katholische Industrielle neben dem jüdischen Kaufmann, der lutherische Fabrikbesitzer neben dem atheïstischen Unternehmer. Nur gewisse Teile der Arbeiterchaft halten es für unbedingt notwendig und der Arbeiterklasse dienlich, die Zersplitterung in der organisierten Arbeiterchaft zu fördern oder herbeizuführen, wo es noch keine Zersplitterung gibt. Manche Leute werden eben selbst durch die bittersten Erfahrungen nicht klug.

Daß der Berichterstatter ein Loblied auf die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung singt und in der sozialistischen Gemeinwirtschaft den Ruin des Staates und des Volkes erblickt, ist nicht weiter verwunderlich. Selbstverständlich fehlen auch die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht. Aber auch das sind wir ja schon gewohnt. Nur die Unternehmer können sich nicht daran gewöhnen, daß, wie sie für Instandhaltung und Versicherung ihrer Betriebsanlagen Geld aufwenden müssen, auch für die Erhaltung der Arbeitskraft ein übriges tun müssen. Aber dafür brauchen ja wohl die Unternehmer nicht zu sorgen, das kann die Arbeiterchaft bei ihren hohen Löhnen ganz leicht selbst tun.

Außerhalb der Vereinigung stehen als wesentlichste Gruppen nur die Zigaretten- und Bekleidungsindustrie (Konfektion und Schuhe). Als reine Arbeitgeberverbände sind die Organisationen der Industrie- und Gewerbegruppen anzusehen, die 4,8 Millionen Arbeiter beschäftigen. Dazu treten gemischt-gewerbliche Vereinigungen mit insgesamt 1,6 Millionen Leuten. Nach Wirtschaftskategorien gegliedert gehören der Vereinigung an: Industrieverbände mit 5 200 000, Handwerk mit 320 000, Landwirtschaft mit 215 000, Verkehr mit 235 000, Handel mit 210 000, Banken mit 25 000, Versicherungen mit 10 000 und andere Gewerbe mit 65 000 Arbeitern. An sich ist die Vereinigung der Arbeitgeberverbände zweifellos ein gewaltiger Machtfaktor, aber doch nicht so groß, wie man im allgemeinen annimmt. Die Gewerkschaften bedeuten in der Arbeiterchaft mehr als die Vereinigung der Unternehmer.

An sich bildet also die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände ein buntes Gemisch von Reichsverbänden, Fachgruppen, Bezirksverbänden und Ortsverbänden. Von den in den Mitgliedsverbänden der Vereinigung beschäftigten 6,4 Millionen Arbeitern sind: doppelt erfasst 67,8 vH, nur bezirklich, aber nicht gleichzeitig fachlich, 9,1 vH, nur fachlich, aber nicht gleichzeitig bezirklich, 6,8 vH. Auf 16,5 vH läßt sich das Prinzip der doppelten Zugehörigkeit nicht anwenden, da diese teils anderen Wirtschaftskategorien (Banken, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr, Versicherungen, Zeitungsgewerbe) angehören. Nach dem Grundgedanken der Vereinigung soll jeder Unternehmer doppelt, das heißt sowohl sachlich als gemischt-gewerblich organisiert sein. Mit dem Reichsverband der deutschen Industrie, der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer, bestehen enge Verbindungen. Alljährlich werden gemeinsame Geschäftsführerkonferenzen abgehalten. Es ist also ein umfangreicher Apparat, der hier zur Erledigung der Geschäfte aufgebildet wird.

Kartellierung der Kleinisenindustrie

Am 24. Februar tagte in Hagen der Verein der Märkischen Kleinisenindustrie. Diese Tagung war von Anfang bis zu Ende eine einzige Klage über die schlimme Lage der märkischen Kleinisenindustrie. Es wurde erwähnt, daß die Krise der letzten Jahre zu den schlimmsten Zeiten seit Bestehen des Industriezweiges gehören. Wenn auch die Schilderungen etwas überdramatisiert wurden, so ist nicht zu verkennen, daß die Kleinisenindustrie in Rheinland und Westfalen in einer Umwälzung begriffen ist, wie sie bis dahin nicht bekannt war. Die Stahlwarenindustrie in Solingen, die Schloßindustrie in Völsberg, die Werkzeug- und Kleinisenindustrie in Remscheid, Hagen, Lüdenscheid, Iserlohn usw. waren in der ganzen Welt bekannt. Der ausländische Wettbewerb macht der deutschen Kleinisenindustrie wichtige Absatzgebiete freier. Im Kriege und namentlich während der Inflation ist eine nicht geringe Aufblähung erfolgt. Deshalb ist jetzt ein Produktionsapparat vorhanden, der die Absatzmöglichkeit weit überdeckt. Wohl sind in der Kleinisenindustrie umfassende Organisationen entstanden, aber die Unternehmer sind von altersher noch so eingestellt, daß gemeinsame Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion und des Absatzes nicht getroffen werden konnten. Versuche sind bei öftern gemacht worden, aber meistens fehlschlagend.

Die oben erwähnte Tagung scheint eine Wende zu bringen. Der Fabrikbesitzer Oskar F. u. L., Hagen, bezeichnete als Kernpunkt der Umgestaltung der Eisen- und Stahlwarenindustrie die Verringerung der Überproduktion. Er empfahl die Bildung von Syndikaten. Es sei durchaus möglich, in einzelnen Branchen die Erzeugung anteilmäßig auf die leistungsfähigen Betriebe zu verteilen. Nur so könne die Produktion dem Absatz einigermaßen angepaßt werden. Nebenher führte Beispiele dafür an, daß diese Betriebe infolge Seidmangels und geringer Unternehmungslust technisch rückständig seien. Es seien Maschinen im Gebrauch, die man schon vor Jahrzehnten gekannt hätte, heute aber nicht mehr verwendungsfähig seien. Eine technische Rationalisierung, die mit der Bildung starrer Syndikate einhergehen müsse, sei auf veralteten Arbeitsweisen nicht aufzubauen.

Die Ausführungen Funks waren Gegenstand einer längeren Aussprache. Im großen und ganzen stimmte die Versammlung zu. Viele kleine Unternehmer, die seit Jahrzehnten in den Tälern Westfalens und im östlichen Rheinland sitzen und die Betriebe seit Grobarbeiters Zeiten im West haben, werden allerdings anders geurteilt haben, denn diese sind es, die von der Hilfslosigkeit verschwinden müßten. Aber auch sie waren einer Gemeinschaftsarbeit nicht abgeneigt. Das kam auch in den Ausführungen zum Ausdruck, die der Fabrikant P. d. d. in Hagen, der Vorsitzende des Vereins, machte. Er befürwortete eine Zusammenarbeit mit der Händlerschaft. Fabrikant und Händler müßten zusammengehen, um den Absatzmarkt gründlich zu studieren und die zu treffenden Maßnahmen auf genauer Kenntnis der Absatzmöglichkeit aufzubauen. Bezeichnend ist es, daß ein Vertreter der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer höhere Einfuhrzölle für Eisen- und Stahlwaren forderte. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie müsse mehr als bisher geschützt werden. Wir halten einen derartigen Vorschlag als b u r c h a u s a b w e g i g. Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie hat den deutschen Markt bisher zu mindestens 95 vH versorgt. Es ist nicht einzusehen, warum die deutschen Verbraucher die Unabhängigkeit der Fabrikanten bezahlen sollen. Wenn sie glauben, daß eine Gefandung notwendig ist, müssen sie sich selbst anstrengen.

Die geplante Zusammenfassung zu Syndikaten soll wahrheitsgemäß nach dem Muster der Schwerindustrie vor sich gehen. Das würde bedeuten, daß unzählige Betriebe zum Erliegen kommen. übrig bleiben würden Grobblettriebe, die technisch auf der Höhe sind und mehr leisten als die Kleinbetriebe. An einem Grundbündel, der strengen Kartellierung der Eisen- und Stahlindustrie ist man vollständig vorbeigegangen. Die Kartelle und Syndikate der Schwerindustrie, die bekanntlich die Vorprodukte für die Eisen- und Stahlwarenindustrie liefern, sind bis zum Jahre 1940 fest geschlossen. Dadurch wird die Produktion der verarbeitenden Industrie demnach vorbelastet, daß es schwer fällt, die Verteuerung auszugleichen. Man hat nichts von einem Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Schwerindustrie von den Kleinisenfabrikanten gehört. Statt dessen werden Vorschläge erwogen, die den Methoden der Grobindustrie nachgebildet sind, auf dem Gebiete der Fertigerzeugung aber auf große Widerstände stoßen.

Die Arbeiterchaft der Kleinisenindustrie muß den Zusammenfassungsbemühungen die gebührende Beachtung schenken. Die Verdienstmöglichkeit von Tausenden von Arbeitern steht auf dem Spiel. Die Unternehmer machen sich keine Gedanken darüber, was aus den Arbeitern wird. Dabei ist die Bedeutung und Wettbewerbsfähigkeit der Kleinisenindustrie der Geschicklichkeit der bodenständigen Arbeiterchaft zu danken. Inwiefern die Selbsthilfe hier eine Linderung bringen kann, wird Sache der beteiligten Arbeiterchaft sein. P. II.

Anlauf der Lohnquetscher

Die Eisenindustriellen die Ratgeber und Einpeitscher

Der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband und Arbeiterwände an den Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen e. V. Gruppe Rheinland-Westfalen.

6. Januar 1930
Düsseldorf.

Die unterzeichneten Verbände haben sich in eingehender Aussprache beschäftigt mit der voraussichtlichen Entwicklung der Lohnverhandlungen im März/April dieses Jahres (vgl. S. 6 des RWB für Koch, Beton- und Ziegbauarbeiten).

Sie verstehen nicht, als Ergebnis dieser Verhandlung Sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie diese Situation als außerordentlich ernst betrachten.

Nach Mitteilung, die die eisenindustriellen als verhältnismäßig gemacht hat, sind der Lohnantrieb von Arbeitern zum

Frühjahr dieses Jahres und der Lohnantrieb zum Herbst dieses Jahres von den Arbeitergewerkschaften dieser Industrie gefordert.

Man hat die Absicht, ohne das bereits formell vorgebracht zu haben, seitens der Arbeitergewerkschaften eine Grundforderung in Höhe von 80 vH zu stellen.

Auch sollen die eisenindustriellen Gewerkschaften, um dieser ihrer Forderung den nötigen Nachdruck verleihen zu können, schon heute dabei sein, weitere Mittel zur Erhöhung ihres Kampffonds anzusammeln.

Die Tatsache, nicht nur, daß man schon jetzt für eine Zeit, die man noch gar nicht beurteilen kann, nämlich den Herbst 1930, glaubt Forderungen differenziert aufstellen zu können und zu sollen, scheint uns dazu angetan zu sein, diese Forderungen mit dem bisherigen dauernden Verfall der Reichsfinanzen in einen gewissen Zusammenhang zu bringen, den für die Einsichtigen näher darzulegen sich wohl erübrigt.

Es ist nun sehr leicht möglich, daß, wenn diese Verhandlungen mit der Grobindustrie in Aussicht stehen und unsere Verhandlungen im Frühjahr vorgezogen, wiederum versucht wird, das Bau-gewerbe als Sturmbod zu benutzen.

Wir sind nicht der Meinung, daß wir die Entwicklung dieser Dinge ruhig an uns heran kommen lassen können, sondern daß schon heute die nachhaltigsten Schritte unternommen werden, um

1. innerhalb der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Klarheit über die gemeinsame einzunehmende Haltung zu schaffen und ein Ausspielen der einzelnen Industriegruppen gegeneinander zu verhindern;
2. etwa auf dem Wege die zuständigen Regierungskreise, soweit diese für solche Auffklärung in Betracht kommen, darauf aufmerksam zu machen, daß schon heute die gesamte Apparatur des Reichsarbeitsministeriums sich darüber klar wird, daß bei dem außerordentlichen und finanziellen Druck, unter dem die ganze deutsche Volkswirtschaft zurzeit steht, Konzeptionen irgendwelcher größeren Ausmaßes eine ganz zweifellos inflationäre Auswirkung haben werden, die später sich durch keinerlei Mittel mehr besänftigen ließe;
3. durch entsprechende Aussprache der Zentralverbände und durch Geschäftsführerkonferenzen innerhalb der einzelnen Verbände eine gemeinsame Richtlinie für das Vorgehen des Baugewerbes zu finden, die sich in den Rahmen zu 1 und 2 geschlossen einpaßt...

Hochachtungsvoll

(Folgen die Unterschriften für drei Bauunternehmerverbände.)

Das Schreiben der Bauunternehmer ist gewiß recht aufschlußreich, für uns allerdings nichts Neues, denn es erzählt nur einmal mehr die uns wohl bekannte Tatsache, daß unsere lieben Freunde von Nordwest, die „eisenindustriellen Industrie“, alle Unternehmergruppen antreibt, auf Lohnforderungen mit der Faust zu antworten. Damit die kleinen Unternehmer billig und ohne Arg den Schwerindustriellen Vorspann leisten, wird ihnen, wie Figura zeigt, eingegeben, sie sollten als Sturmbod von den Gewerkschaften benutzt werden. So wird immer gerebet, wenn der Wolf die Lämmer schlänen will. In Wirklichkeit sollen natürlich die Bauunternehmer von den eisenindustriellen als Sturmbod mißbraucht werden. Wenn wir die kleinere Unternehmerschaft nicht ganz falsch beurteilen, dann wird sich abermals mit den Schloßbaronen auf einer „gemeinsamen Achselinie“ finden, was nichts anderes heißt, als daß die großen schweren Herren bestimmen und die kleinen Herren erfreut sein werden, einer derart hohen Gönnerschaft dienen zu dürfen.

Es ist auch nützlich, aus dem Schreiben zu erfahren, daß die Regierungskreise aufmerksam gemacht werden sollen, daß, wenn sie Konzeptionen in Sachen des Lohnes machen, es Inflation geben werde. Dieser Trick riecht stark nach „eisenindustrieller Industrie“, die ja für Wind- und Wiesmacherei eine besondere Abteilung hat. Sehr angenehm ist es für uns, aus dem Schreiben zu lernen, daß die „eisenindustriellen Gewerkschaften“, um Lohnforderungen durchzudrücken, heute schon dabei sind, weitere Mittel zur Erhöhung ihres Kampffonds anzusammeln. Das läßt auf Sinn der Arbeiter für Verzicht schließen.

Schriftenschau

Der 3. Band des „Großen Brodhaus“ erscheint Ende März. Wie wir schon erfahren, wird der 6. Band des größten deutschen Nachschlagewerks Ende März ausgeteilt werden. Der „Große Brodhaus“, der mit dem neuen Band bis zum Buchstaben E fortgeschritten ist, wird für ein Menschenalter seine Dienste als gewissenhafter Berater des Menschen von heute erfüllen — die schnelle Folge des Erscheinens ist daher von nicht zu unterschätzendem Wert für alle Bezahler und solche, die es noch werden wollen. Wir werden den neuen Band nach Erscheinen an dieser Stelle besprechen.

Über das Arbeitsrecht. Für Behörden, Parteimitglieder, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Nach dem Alphabet und nach Stichworten geordnete gemeinverständliche Verantwortung der wichtigsten Fragen aus dem Arbeitsrecht von Hans Meyer, Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Nürnberg. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Preis 1,80 M.

Tarifvertrag und Betriebsregelung. Rechtserklärende Einigungen zwischen Unternehmer und Betriebsvertretung kraft Tarifvertrags. Von Dr. jur. Felix Schäfer. (Heft 21 der Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, herausgegeben von Professor Dr. Erwin Jabohi.) 1930. 74 Seiten. Preis 8,50 M. Verlag von Meinar Hobbing in Berlin SW 61.

Die Sonderregelung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit nach der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 12. Oktober 1929. Sozialpolitische und rechtliche Erläuterungen mit Textausgabe des RWB in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. Erwin Rawler. Berlin 1930. Verlag Gustav Schenck Nachfolger R. W. Weber G. m. b. H., Berlin SW 68, Hollmannstr. 9/10. 88 Seiten. Preis 6,50 M. Das Werk, das gleichzeitig auch den Abdruck des gesamten Gesetztextes sowie alle auf die berufstätliche Arbeitslosigkeit bezüglichen amtlichen Beschlüsse enthält, ist vorzüglich ausgestaltet.

Freiwillige Reden. Vom Volkshund für Weisheitslehre, Leipzig. Preis 1,20 M. 95 Seiten.

Praktikanten- und Maschinenbau- und Elektrotechnik. Ein Hilfsbuch für die Werkstoffausbildung zum Ingenieur. Von Dipl.-Ing. F. zur Nedden. Dritte Auflage des Buches „Das praktische Jahr“. Auf Veranlassung und unter Mitwirkung des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen neu bearbeitet von Gertwirth v. Kneffe. 168 Seiten. Berlin 1930. Preis 4,50 M. geb. 6,75 M. Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Linstr. 28/29. Das gehaltvolle und aufschlußreiche Buch, das übrigens auch schon vielen Praktikanten als kurze und doch gediegene Einführung in die Maschinentechnik gedient hat, gibt in anregender Form Rat in allen Fragen der praktischen Ausbildung zum Ingenieur. Es ist ein schätzbares unentbehrliches Führer unseres Ingenieurwachstums durch das Wirken neuerzeitlicher Maschinenbauwerkstätten geworden.

Statistik und graphische Darstellung. Ein Hilfsmittel für Arbeiterbildungsvereine. Nach Beispielen aus der Gewerkschaftsbewegung. Bearbeitet von Otto Trefflich. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Breite Gasse 5/27. Preis 1,80 M. Mit statistischen Beispielen arbeitet man heutzutage überall. Ganz unentbehrlich erscheinen solche natürlich auch im sozialistischen Bewegungsbereich. Statistisches Studium gehört daher zu den unentbehrlichsten Denkübungen auch an jeder Arbeiterschule. Dem Betriebsrat, dem Funktionär in der Arbeiterbewegung werden selbst in der kleinsten Ortsgruppe mannigfache statistische Aufgaben zugewiesen. An einem populären Unterrichtsmittel auf statistischem Gebiet, auf die Bedürfnisse der Arbeiterchaft zugeschnitten, zum mindesten um Statistiken richtig lesen und verstehen zu lernen, hat es bisher jedoch sehr gefehlt. Deshalb ist die Herausgabe dieses Schriftchens zu begrüßen, welches auf planmäßige Erläuterung des statistischen Arbeitsverfahrens besonders zugeschnitten ist. Insbesondere dürfte es ein gutes Hilfsmittel für jeden Zellwart an Arbeiterkreisen sein.



Familie und Heim



Volkstrauertag

Volkstrauertag! — Vor unsern geistigen Augen erheben die Massengräber mit ihren Kreuzen, die die vom Staate gemordeten Männer bergen. Selben werden diese Männer genannt, die hüten und drüben ihr Vaterland in Gefahr wählten und mit ihren Leibern die bedrohten Grenzen sichern wollten. Der Sieg, der erhoffte, fiel den andern zu, die Feinde genannt wurden. In diesem Spiel der Herrscherstippen mit den Menschen unterlag der Deutsche; die Rüstungsindustriellen und die agrarischen Anreizpreisler haben hüten und drüben gut verdient, die Volksmasse hüten und drüben muß alles bezahlen. Hüten und drüben ist die Jugend gemordet worden, hüten und drüben hungerten sich die Invaliden durch. Um den ruhigen Lebensabend Betrogene warten hüten und drüben vor Wohlfahrtsämtern. Kriegswitwen und -waisen trauern um die Gefallenen, meinen vor dem steinernen Denkmal im Heimort, an dem der Name des Vaters oder des Gatten eingemeißelt steht. Sind sie ganz unsonst gestorben?

Insofern sind sie unsonst gestorben, als das, was wir nach ihrem Tod erlangen, mit ihnen leichter und weniger trauernd gelitten wäre, wenn sie noch unter uns wären und mitkämpfen könnten. So sind sie für eine Sache gestorben, die uns heute als Mahnstimme erhebt. Viele unter ihnen jagen damals hinaus in vollem Glauben an die Notwendigkeit ihres Einsatzes. Viele der Unseren gingen gleichfalls in gutem Glauben in die Gräber. Heute, nachdem wir Abstand genommen haben von den Dingen damals, wissen wir mehr Bescheid. Schmerzlich ist die Erkenntnis, daß sich 1914 das Proletariat blenden ließ. Sie aber heute wegen dieser Leichtgläubigkeit und Gutwilligkeit zu schämen, hat keinen Sinn. Man hat auch eine gewichtige Entschuldigung dafür: Wir erfuhren zu wenig von den Geheimplänen der Diplomaten, und ehrliche Friedenskämpfer wurden mundtot gemacht. In Kriegs- und Siegestaumel wurden wir gefangen gehalten, wir erfuhren nur von der „vorzüglichen Stimmung“ der Truppe. Kriegstrauer wurde Ehrensache. Der Heiligenschein des Heldentums verflüchtete die Seiden der Heimat, bis das Erwachen kam. Unsere nationalitätlichen Phrasendolche werden wie bisher so auch fürderhin die Tatsachen zu verdrehen suchen; sie werden unser Erwachen 1918 als den Anlaß des Kriegsverlustes stempeln. Mögen sie es immer tun: an der Tatsache ändern sie nichts, daß das kaiserliche Deutschland, das den Krieg begann, ihn auch verloren hat.

Dieses Erwachen von 1918 ist die Frucht, die auf den Gräbern der Gefallenen gewachsen ist. So sind sie doch nicht unsonst gestorben! Und alle unsere Menschenbrüder, die in „feindlichen“ Uniformen für ihr Vaterland starben, sind mit für unsere Befreiung gefallen. Uns und denen von jenseits der Grenzen, die mit uns im Denken einig sind, ist es bewußt geworden, daß die Zeiten für immer vorbei sein müssen, in denen die Wohlstandseliten und die Bourgeoisie einer bestimmten Menschheit die Volksmasse ausbeuteten. Uns steht mit Blut ins Herz geschrieben, daß wir unter allen Umständen verhindern müssen, daß jemals wieder ein Krieg angezettelt wird. Die Augen sind und geöffnet worden. Wir wollen sie offen halten. Es ist fürchterlich, daß erst eine solche Kultur das vermocht hat. Borden aber waren wir durch das herrschende System gewalttätig in den Grenzen gehalten durch Schule, Zeitung, gesellschaftliche Sitten und sogenannte Moral. Wir sind knapp ge-

halten worden in politischer Bewegungsfreiheit. Wir sind in Wohnhöhlen gezwungen worden, wir sind zu Arbeitstieren erniedrigt worden, die sich sogar jahrelang in eine bunte Uniform, in des „Kaisers Rod“ stecken lassen mußten. Unsere Gesinnung wurde auf dem Kaiserhof gebrüllt; wir wurden in Gräbe eingeteilt mit Pfaffen und Knöpfen und Schnüren. Wer sich auf- und zusammenpugen ließ, dem winkte ein brauner Papierlappen, später ein Kreuzzeichen.

Wir bewegten uns das ganze Leben in ständiger Polizeiluft, später zwischen Säulen von Stacheldraht. Der Mensch fing erst beim Beamten an, der Leutnant kam gleich nach Selner Majestät — sie sahen auch beide so aus.

Um dieses kaiserliche Deutschland, um dieses fluchwürdige, blutige, tierische System sind Millionen tüchtiger Menschen gefallen. Wir besagen, wir betauern sie — nicht aber um das, wozu sie sterben zu müssen glaubten. Wir besagen und betauern sie um jene von jenseits und drüben, die aus demselben guten Glauben sich würgen ließen. Wir trauern um die Gefallenen dies- und jenseits der Grenzen, die sich für eine Sache einsetzten, die keine Sache ist, sondern ein gemeiner Trug und ein gemeines Profitegeschäft.

Unsere Toten haben für uns gelitten. Sie haben für uns Leid und Not und Tod, weitere Knechtschaft des Geistes weggenommen, mit in ihr Grab. Wären sie nicht gestorben, wer weiß, vielleicht würden wir heute noch unter härterer Fron als vor dem Kriege. Vielleicht wäre die kapitalistische Mauseknecht noch verschlimmert durch wilhelminische Bajonette. Vielleicht wären wir geistig noch mehr unterdrückt worden, als es damals schon der Fall war. Genossenchaften und Gewerkschaften wären womöglich unterdrückt oder doch an ihrer Entfaltung gehemmt worden. Ja, das ist sogar sehr wahrscheinlich.

Sozt uns unsern Gefallenen danken, daß sie für uns gestorben sind. Durch ihren Hingang haben sie unser Leben freier gemacht. Sie haben unserer Sache gedient, ohne daß sie es wußten.

Wir wollen sie nicht rächen an andern Menschenbrüdern, wie das unsere Geschäftspatrioten lieber heute als morgen erleben möchten. Wir wollen das weiter aufbauen, was durch ihr Sterben geworden ist. Wir wollen uns für den Frieden einsetzen, für eine Verständigung unter den Völkern. Wir wollen den Haß der Völker untereinander bekämpfen mit friedlichen Mitteln. Das große Mißverständnis zwischen den Völkern wollen wir wegräumen.

Durch jähre Aufklärung müssen wir im eigenen Lande trachten, die Klassengegnen zu gewinnen, die noch durch Drill und Selbsterneuerung in Unwissenheit erhalten werden. Mit sauberen Waffen wollen wir kämpfen, aber unerbittlich, daß beneidlich die Hände von den Augen fällt, die sich von falschen Volkstrenden noch in geistiger Gefangenenschaft halten lassen.

Volkstrauertag! Können wir die Toten besser ehren, als daß wir kämpfen um das, was wir durch ihren Tod als Anfang erlebt haben! Nicht Fahrgenüge und Fluchgedanken sollen diesen Tag trüben; nicht mit selbstqualerischen Gedanken wollen wir ihn füllen. Nie wieder darf durch Menschenhand und Menschenverstand ein Norden herausbeschworen werden. Aber wir müssen wach bleiben. Volkstrauertag — vergeßt die Toten nicht um der Lebenden, um der Kommenden!

Schul schloß sie vor der grimmigen Kälte. Eine alte, blaue Schürze mühte sich bis tief in die Augen heruntergezogen. Auf der Brust ein weißes Schild: „Durch den Krieg erblindet.“ Darunter der runde Stempel irgendeiner Behörde, um zu bescheinigen, daß dieser Mensch nun auch wirklich blind ist und sich nicht etwa in dieser Kälte hinstellt, um ohne Arbeit Geld zu verdienen.

Auf den Knien hält die Gestalt ein Pandocon. Neben ihr liegt auf einer rauhen Matte sein Freund, ein deutscher Schöferhund. Mit Augen, gleichsam mitfühlenden Augen verfolgt das Tier jede Bewegung des Blinden. Der rückt jetzt den Riemen, an dem ihn das Instrument um den Nacken hängt, zurecht. Seine frosttrocknen aufgesprungenen Hände jucken die Faltten. Warm und voll ist ihm das Menschengewimmel, oft überdriß vom Lärm der Straße Schuberts „Ave-Maria“. Den Kopf hat der Blinde in den Nacken geschlehnt. Seine leeren Augenhöhlen starren ins Weite, gen Himmel wie anlagend!

Der Hund hat sich nach den ersten Afforden ausgerichtet. Eine kleinen Plednaps in den Knien haltend, wartet er auf eine Gabe. Aber keiner kümmert sich um die kleine Gruppe. Alles hastet vorüber. Man ist zu abgestumpft gegen Bergelassen. Zu oft hat man seit dem Kriege solche und ähnliche Gestalten auf der Erde lauern sehen. Verstimmt, ohne Hände, Arme oder Beine warteten sie auf ein Gabe der Mitmenschen.

Der Krieg mit all seinen Schrecken ist schon wieder vergessen. Nur die Opfer mahnen noch immer mit ihrem Glanz, mit ihrer fürchterlich verformten, gebrechlichen Körpern an das fürchterliche Nordens.

„Diese Leute sollten doch von der Straße wegbleiben!“ sagt ein junger Gent zu seiner tief verummühten Begleiterin. Die toten Augen des Erblindeten richten sich nach der Richtung, aus der die Worte an sein Ohr dringen. Seine Lippen zucken, aber sagen nichts. Er trüben seinen Hände das Instrument. Und gleichsam wie zum Schluß entlockt er ihm in üppiger Tonfülle das Lied vom treuen Sufar.

Da kommt auf derselben Seite der Straße ein altes Mütterchen gehumpelt. Eine gestricke Daube läßt nur einige Strähnen graumweißes Haars von ihrem Kopfe sehen, der ständig hin und her pendelt. Die gekrümmte Gestalt steckt in einem viel zu langen Mantel. Dessen zu lange Ärmel sind sorgsam ausgefaltet. Stodermumpelt sie vorwärts. Als sie den Blinden erblickt, bleibt sie stehen. Ihre trüben, geröteten Augen tasten kein Gesicht ab. Der Kopf pendelt stärker hin und her. Dann krachen ihre stierenden Fingern in der alten Tasche. Sie bringen einige Kupfermünzen zum Vorschein, die sie dem Hund in die Tasse legt.

Der Blinde, der den Klang der Geldstücke hört, murmelt ein leises „Danke“.

Die Alte hockt langsam weiter. Aber noch keine drei Schritte dann dreht sie sich um. Und während ihre gichtigen Hände ein Tuch aus den Taschen des unförmlichen Mantels hervorholen, tönt eine Träne über die eingefallenen faltigen Wangen.

Ist es die Kälte, die ihr diese Träne ablockt? Oder Mitleid mit dem Blinden? Oder denkt sie gar an ihren Sohn, der jugendfrisch in das entsehlige Nordens zog und seit 1915 vernichtet wird?

Der Blinde hat sein Instrument eingepackt. Den Schmel und die Dede des Hundes unter den Arm genommen. Während die Geschäfte schlichen und die Strahlen sich füllen, tastet er sich von seinem treuen Hunde geleitet an jungen und frohen Menschen vorbei, seinem Daheim zu.

Lenzluft

Was mich im Frühling freut,
Das ist vor allen Dingen
Ein froher Gang zu zweit
Mit Lachen und mit Singen.
Wir wandern sonnbegeizt,
In richt'ger fetttaglaune
Und unsern Schmuck ergänz
Die Schlehdornblüt am Zaune.
Ein helles Vogellied,
Ein freundlich Sichbegeggen, —
Das speichert im Gemüt
Uns Sonne auf fürs Regen.
Ein wohligh Kasten dann,
Den Blick in lichte fernent;
Nach dem Rezept wird man
Das Altern schnell verlernen.

H. Schult

Zum Kameraden erzogen!

Es Frau, die dem Betrieb fernsteht, hatte ich fast keine Ahnung von der Bedeutung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Durch die Unterhaltung meines Mannes mit dem Beitragskassier wurde ich aufmerksam und fing an, mich um den Verband und seine Tätigkeit zu kümmern. Bald las ich die Metallarbeiter-Zeitung gründlich, zuerst nur Familie und Heim, dann und hauptsächlich die Seiten Verbandsleben und Technik und Werkstatt. Der Erfolg ist, daß ich meinen Mann mit ganz anderen Augen ansehe als früher. Ich lese vom Fortschritt der Technik, von der Heranbildung der Betriebsräte, von den Errungenschaften des Verbandes für uns — ja für uns! Denn jeder Vorteil des Verbandes kommt doch uns Frauen und unserer Familie in erster Linie zugute.

Ich frage meinen Mann, frage den Beitragskassier, immer haben sie Zeit zu erklären, was mir nicht klar ist. Wenn ich eine Maschine sehe, will ich wissen, wie man sie in Gang bringt. Ich glaube, ich gehe nicht fehl, wenn ich den Verband mit einer richtigen, ergoht arbeitenden Maschine vergleiche.

Es ist etwas Großes für mich, daß mein Mann und unser Beitragskassier sich keine Mühe verdrücken lassen, um mir Einblick in das Gerüste ihrer Organisation zu verschaffen. Ich glaube bestimmt, daß Tausende von Frauen, die heute noch unbekümmert bei Seite stehen, so denken würden wie ich, daß auch ihnen der Wochenbeitrag nicht unviel wäre, wenn ihre Männer sich die Mühe machen wollten, sie aufzuklären. Denn die meisten Frauen wollen nicht nur Hausfrau und Mutter, sie wollen ebensoviele Kamerad sein. Dieser Bedürfnis schlummert in mancher Frau, ohne daß sie selbst es weiß.

Eranté S.

Die Stachelschweine

Eine Gesellschaft Stachelschweine drängte sich an einem kalten Winterlage recht nahe zusammen, um durch die gegenseitigen Wärme sich vor dem Erfrieren zu schützen. Jedoch bald empfanden sie die gegenseitigen Stacheln, welches sie dann wieder voneinander entfernte. Wenn nun das Bedürfnis der Erwärmung sie wieder näher zusammenbrachte, wiederholte sich neues weites Uebel, so daß sie zwischen beiden Weiden hin und her geworfen wurden, bis sie eine gewisse Entfernung voneinander herausgefunden hatten, in der sie es am besten anhalten konnten.

Und diese Entfernung nannten sie Höflichkeit und feine Sitten.
A. L. Schopenhauer

Der Kauf ohne Anzahlung

Mit beschwichtigten Schritten und leuchtendem Gesicht eilte Robert Henkel eines Tages vom Arbeitsnachweis heim. Er hatte Arbeit bekommen — endlich nach zweimonatlichem Nüppiggang. Was das bedeutete, kann man erraten, was es heißt, einen hat zwei fröhliche, gesunde Arme haben und sie zwölf Monate lang für seine Familie nicht gebrauchen dürfen — wozu fruchtbares Ross!

Aber nun war es vorbei. Kann doch er den Körper, wo er hingehen sollte, erwarnt konnte. Erprobte war mit der Arbeit allein noch lange nicht alles im Rechten. Die Sorgen um die Unterhaltung des wachsenden der langen Arbeitslosigkeit Verheißungen wurden nun mit einem Male brüchig. Er brauchte so nötig einen neuen Anlauf und seine Suche zur Arbeit, und Richard, der Junge, ebenfalls, ganz an sich zu denken von seiner Frau und der 14jährigen Rache, die auch nicht Geschick und Ganges mehr anzusehen hatten. Wo sollte man das bloß alles so schnell herbringen?

Das Beste ist schon, wir kaufen auf Anzahlung, denn so kriegen wir doch wenigstens das Geld nicht ganz verloren,“ meinte seine Frau in einer erzwungenen Verachtung darüber. Und so wurde es auch gemacht. Drei Wochen später hatten Robert und Sohn neue Anzüge und Schuhe. Dafür holte man ein Kaffeebrot jeden Freitag 12 A von Roberts Nachbarn. Rache, die nach nicht arbeiten ging und beschloß mit ihren Wünschen noch hatte zuzufrieden müssen, ging jetzt betrieblust nach.

„Lach nur gut sein,“ sagte die Mutter, um sie zu trösten, „wenn irgend geht, kommt du auch bald an die Reihe und bekommst Kleid und Schuhe.“ Rache wandelte sich jedes locker einen Kandel, weil man darunter die schönsten Sachen verdienen kann.

Ein paar Tage darauf brachte der Dachträger einen Kellner, der er für einige mit spitzwinkligen Worten die Einführung eines neuen Anzeigensystems an und lud zugleich zum Kauf und zur Verabreichung an.

„Die Kleider sind schön, wenn Sie es verstanden, unsere überaus reiche Auswahl mit unserer jahrelang heiligen Preise zu beschaffen.“ ließ es in Höflichkeit und verständig, und dann erzählte man weiter, daß die neue Firma dem ihr guten und weichen, sorgfältigen Geschäftsbearbeitungen in der Lage war, zu ganz einzigartig hübschen Bekleidungen zu liefern. Ob sie die geringste Anzahlung bei abfertigten Kleider konnte man sich jetzt vollständig erlauben.

Rache ließ den Brief wohl hin und her und dachte dabei ununterbrochen an den verprochenen Kandel. Zuletzt konnte sie es der Mutter.

„Das geht nicht, Rache, darüber haben wir schon abgemacht,“ meinte der Vater ganz unerschrocken. „Rache hat schon nicht noch und besteht darauf, daß sie wenigstens viermal, „und anziehen“ zu gehen.“

Ihren großzügigen System kann merken werden. Frau Henkel wollte zwar noch immer nicht. Er wurde noch einträglich, und als auch Rache offenbar noch ganz sicherheit hat, gab sie zuletzt doch nach und kaufte den Mantel.

„Vater braucht aber vorläufig nicht zu wissen,“ sagte sie zur Rache, als sie das Geschäft verließen. Sie fürchtete bestimmt, daß ihr Mann über diesen Kauf schimpfen würde. Sie wurde nun noch sparsamer im Haushalt und brachte es trotz aller Schwierigkeiten fertig, beide Kaffeebrot zu bezahlen. Leider kam bald eine schlimme Wendung. Mit Roberts neuer Arbeit, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte, wurde es schon wieder schlägt und er mußte deckung annehmen.

Nun langte das Wenige, was er Sonnabends brachte, kaum zum Leben, geschweige an den Abzahlungsraten. Frau Henkel in ihrer Sorge, daß ihr Mann jetzt erst recht schimpfen würde, half sich zunächst damit, daß sie Donnerstags, wenn der Kassier für Raches Mantel kam, nicht öffnete und so tat, als wenn niemand an Hause wäre. Ein paar mal ging es gut, dann aber kam er plötzlich eines abend Tag.

„Sie sind wohl ausgerechnet immer dann nicht zu Hause, wenn ich kommen laune,“ sagte er mit unerbittlicher Ironie. Sie schlug beschämt die Augen nieder und erzählte ihm dann feinstlaut, daß sie kein Geld habe, da ihres Mannes Arbeit so schlecht sei.

Dann hielten Sie doch nicht erst kaufen lassen. Jedenfalls werden wir andere Schritte unternehmen, wenn Sie nicht bezahlen,“ erwiderte er grob. Als Frau nicht darüber verstand, sprach Henkel wieder zu Rache. Als dann die Woche herum war, verstand sie sich vor dem anderen Kassier und gab dem, der geschloß hatte, sein Geld. Die nächste Woche verlor sie sich wieder vor diesem und so ging es eine Weile ohne Erfolg. Zuletzt war sie sogar für beide nicht zu finden. Mütterliche kamen auch Mahnrufe, die aber schnell ins Wasser wanderten. Die Zeit ging hin und die Anzüge, die erst halb bezahlt waren, gingen bereits an zu erschrecklichen. Auch Raches Mantel hatte das Schicksal längst verloren. Und trotz allem klopfen die Kassierer weiter an ihrer Tür.

Nun das Angeld voll zu haben, kam Robert eines Tages wieder mit der unglücklichen Entlassung nach Hause.

Es war zu viel Aufregung für die arme Frau. Sie sprach ankommen. Der Arzt, der geschloß wurde, „verdrückt viel Mühe und gute Nachtruhe! Ein schlechtes Wetter in einem Hause, wo es gerade davon mangelt.“ Ein paar Tage später brachte man sie in eine Herrenschränke. Raches Mantel gab man ihr mit, damit sie nicht friert.

H. Niederlich

Verbundenheit

Es war ein kalter Winter und die Straßen. Ganz legt sich der schneidende Wind über die Straßen. Die Kälte wird mit jeder Minute härter. Das schneidende Geräusch der Straßenbahn, das bellende Gepan der Automobilen bringt man an die mit gefrorenen Öfen der wenigen Menschen, die sich eilig aneinander vorbeischieben.

In der Hauptstraße steht auf einem niedrigen Schmel eine von den Passierenden nicht beachtete Gestalt. Kein Mantel, kein

Die Lappalie

Von Demian Biedny

Es war wirklich ein Jammer, wie der Tagelöhner Lolo sich qualte. Nachts konnte er nicht schlafen und tags fand er auch keine Ruhe. Er flennete und klagte und schimpfte auf sein braves Weib, das aber nicht dafür konnte — alle Heiligen und Lolo selbst mochte das sehr gut. Ja — was war denn eigentlich mit Lolo? Der arme Lolo hatte furchtbares Reizen und Bienen in seiner Hand. Er erkrankte sogar schon hochdenn, bestige Schmerzen im Arm. Es war ein Elend! Er klagte und jammerte, fluchte und spudte Gift und Galle. Seine Hand brannte vor Schmerz — brannte — brannte, so daß sein braves Weib zu den Nachbarn eilte und jammerte: „Seine Hand schwillt und schneidet und wird ganz schwarz. Sie brennt wie Feuer und sein Gesicht ist aschgrau und schmerzverzerrt — o Herr, du mein Gott — was daraus noch werden mag — huhuhu...“

Als nun Lolo Herr, Frau Kusmitzi, von dem Unglück hörte, ging er zu dem gemäßigten Arzth, pflanzte sich breitbeinig vor ihm hin, hoberte seine Hände in die Taschen, grunzte, spudte verächtlich aus, wiegte sich hin und her — mal auf den Fußspitzen, mal auf den Fäßen lebend, und schließlich dreimalig und sähnelfelnd zu fauchen: „Du Sohn des Teufels! Du tust nichts? Du elender Faulpelz — und das wegen einer solchen Lappalie — he? Der Teufel soll dich holen — pfui, Schande.“

Manzgend und spudend verließ der Ungewaltige die elende Hütte, während Lolo's Weib ihn schauend und heulend hinauskomplimentierte und Lolo, der arme Lolo, sich auf seinem Lager wälzte. Gott und die Welt und sich selbst verfluchte, mit der schwarzen angelaufenen Hand verweifelnd in der Luft herumfuchtelnd... „Herrgott — mein Gott — o — mein hartes Los — eujen — jeu — jeu.“

Pro Kusmitzi hatte gut zu Nacht gespeist, unzählige Glas Tee und einige scharfe Schnäpse hinuntergeschluckt und war dann kühlend und prüfend mit samt seinem überwollenen Bauch zu Bett gegangen. Tags darauf padt es ihn. Der allgewaltige Herr kann sich plötzlich nicht erheben. Er sauzt sich verameisend den Bart. Alle laufen bedrückt und händelnd umher. Eine „Auge Frau“ wird geholt. Man ruft den Doktor. Dieser schlägt das Zeichen des Kreuzes und macht erbauende Bemerkungen. Sein öliges Haupthaar wackelt üppig auf die Schultern herab. Der verlotterte Bart hängt ihm feierlich auf der Brust. Er legt sein fettglänzendes Gesicht in fromme Falten, während sich die Hausgenossen ums „Lolobett“ scharen.

Der arme Pro Kusmitzi jammert und schreit. Er krümmt sich wie ein Wurm. Er flucht und greint: „O — ist das der Tod? Ich habe keine Kraft mehr — bald ist's wohl aus mit mir — Herrgott — mein Gott — eujen — jeu — jeu...“

„Heilige Maria, reine Jungfrau, bewirke durch deine göttliche Kraft und durch die aller Heiligen, daß...“ plärrt der Pope in feilungsvollem Kirchengton.

Lolo's Frau, die unter den „Trauernden“ im „Sterbezimmer“ steht, fragt flüsternd ein anderes Weib, was denn Pro Kusmitzi eigentlich fehle.

„Etwas sehr Seltsames — etwas sehr Unanständiges — eine Eierbeule am — am Hinterteil.“ ächzelt diese, indem sie schelmisch und verlegen mit den Augen zwinkert.

„Ohohi — ein Geschwür am...“ wiehert Lolo's Weib unwillkürlich los, „so eine Lappalie!“ Und sie hält sich vor Lachen den Bauch. „So eine, hi — hi, ein Geschwür am...“ so eine Lappalie — lacht Lolo's Weib und verläßt das „Sterbezimmer“, denn sie ist einsexter guter und seltenen Geschöpfe, die immer nur sagen, was sie denken... (Nach dem Aufsatze von M. Henniger.)

Arbeitslosenunterstützung und Familienwochenhilfe

Der Krankengeld, Wochengeld oder eine Ersatzeleistung empfangend, die an die Stelle der Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung tritt, erhält daneben keine Arbeitslosenunterstützung. Als „Ersatzeleistungen“ kommen in Frage Anzeibringung in einem Krankenhaus oder in einem Wocherinnenheim.

Strittig war bisher, ob dem Arbeitslosen nach § 89 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung der Familienaufschlag zur Hauptunterstützung deswegen zu entziehen sei, weil seine Ehefrau auf Grund der Reichsversicherungsordnung Familienwochengeld erhält. Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß in diesen Fällen der Familienaufschlag aus der Arbeitslosenversicherung nicht versagt werden kann.

Aus den Entscheidungsrunden: Grundfähig ist zu entscheiden, ob dem Arbeitslosen nach § 89 WVG der Familienaufschlag zur Hauptunterstützung deswegen zu entziehen ist, weil seine Ehefrau Wochengeld auf Grund des § 25a WVG erhält. Der Senat hat dies verneint... Zwar steht nach der in händiger Rechtsprechung vom Reichsversicherungsamt eine Rechtsansicht auf die Familienwochenhilfe grundsätzlich nur dem versicherten Familienmitglied zu; dieses hat den Antrag auf Gewährung der Wochenhilfe zu stellen. Zu beachten ist aber, daß der Versicherung selbst nicht der Empfänger der Wochenhilfe ist. Diese Wochenhilfe „erhalten“ vielmehr seine in Betracht kommenden weiblichen Angehörigen; sie sind Empfänger. Der § 89 WVG bringt durch die dem Wortlaut des § 25a WVG dem Sinne nach entsprechende Fassung „empfangt“ deutlich zum Ausdruck, daß es entscheidend darauf nicht ankommt, wer Träger des Anspruchs auf Wochengeld ist, sondern wer tatsächlich das Wochengeld erhält. Demnach fällt die Arbeitslosenunterstützung nur dann weg, wenn ihr Empfänger selbst Wochengeld erhält. Dies ist nur dann der Fall, wenn eine arbeitslose weibliche Versicherte die Arbeitslosenunterstützung bezieht und in den Genuss von Wochengeld auf Grund des § 195a oder des § 203a WVG tritt. Wird nach alledem ein gesetzlicher Grund für die Verjagung der Arbeitslosenunterstützung durch die Tatsache, daß Familienwochengeld nach... für die Ehefrau des Arbeitslosen gewährt wird, nicht geschaffen, so kann dieser Umstand auch keine aus § 89 WVG herausleitende Grundlage für die Verjagung des Familienaufschlages für die Ehefrau, der seine selbständige Versicherungsleistung, sondern ein Teil der Arbeitslosenunterstützung des Ehepartners ist, bilden. Diefür sind vielmehr die besonderen, die Gewährung des Familienaufschlages regelnden gesetzlichen Vorschriften maßgebend.

Arbeitslose, laßt eure Anwartschaft nicht verfallen!

Die Anwartschaft in der Invalidenversicherung erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungsliste verzeichneten Ausstellungsstages weniger als zwanzig Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der freiwilligen Weiterversicherung entrichtet worden sind.

„Anwartschaft“ ist die gesetzlich begründete Aussicht auf die Leistungen der Versicherung beim Eintritt des Versicherungsfalles. Die Versicherungsfälle der Invalidenrente sind Vollendung des 60. Lebensjahres oder der Eintritt der Invalidität.

Um sich die Anrechte auf die Versicherungsleistungen zu erhalten, dienen den langjährig Erwerbslosen folgendes zur Auffklärung. Das Gesetz über Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Invalidenrenten während des Bezugs der Arbeitslosenversicherung die zur Erlangung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zu entrichten sind. Die Arbeitslosen sind verpflichtet, auf Anforderung der Reichsanstalt die Beiträge zu entrichten, jedoch nur soweit um das Erlöschen der Anwartschaft zu verhindern.

In Fällen besonderer Härte, insbesondere dann, wenn zur Erfüllung der Beiträge nur noch eine geringe Zahl von Beiträgen notwendig ist, ist das Arbeitsamt verpflichtet, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten. In diesen Fällen stehen dann die

Frühjahrsmesse 1930 — 10 Jahre technische Messe

Die durch den Weltkrieg erzeugte Anrauf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet umbrantet noch die Völker und stört den lebensnotwendigen Waren Austausch, der zur Befriedigung der Kulturbedürfnisse der Menschheit notwendig ist. Wie Sturmeswellen rufen die Wirtschaftskrisen durch die Bande. Jedes Land hat im Laufe der Zeit versucht, den eigenen Warenbedarf im Lande selbst mit den eigenen Kräften herzustellen. Kein Land hat aber mit diesen Bestrebungen Erfolg gehabt, meist aber die Verhältnisse noch verschlechtert. Langsam bricht sich darum die Erkenntnis Bahn, daß die Staaten und Völker sich nur kulturell entwickeln können, wenn sie einen ehrlichen, internationalen Warenaustausch pflegen können. Unbestritten ist das Verdienst der Leipziger Messe um die Gesundung des Welt Handels. Die Leipziger Messe erscheint in den Schwierigkeiten, denen heute alle Länder unterliegen, als Symbol für das gemeinsame Streben der Völker nach besserer Wirtschaft, nach fortschreitender Zivilisation und damit nach Hebung der menschlichen Kultur.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zurzeit in besonders schwieriger Lage. Vertriebszusammenlegungen, Werkstilllegungen und Konkurse in der Industrie, Handels- und Bankwelt sind die äußeren Zeichen. Über allen schwebt aber als schwerste Sorge eine Kiesenarbeitslosigkeit, welche die Volkswirtschaft ins Abgrauende verdunkelt. Haben wir doch rund 2 1/2 Millionen Arbeitslose. Das bedeutet, daß nahezu 8 Millionen Menschen von einem geregelten Warenverbrauch ausgeschlossen sind und nur von einer mäßigen Unterstützung ihre allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten können. Unter diesem Zustand leidet die deutsche Wirtschaft in besonderem Maße. Das würde sich auch keinesfalls ändern, wenn den Gelüsten der Scharfmacherkreise in Deutschland Rechnung getragen würde und eine Kürzung der Erwerbslosenhilfe erfolgte. Die Kaufkraft würde nur schwächer, damit auch die Aussicht auf Behebung von Produktion und Handel geringer werden. Es ist selbstverständlich, daß in solchen Zeiten aller Augen auf die Leipziger Messe gerichtet sind, deren Betrieb und Geschäft nach alter Erfahrung als Gradmesser für die Wirtschaftslage gilt. Nicht mit Unrecht wurde die Frühjahrsmesse mit einem Wirtschaftsbarmeter verglichen. Was zeigt also Deutschlands Wirtschaftsbarmeter?

Am Schluß der Messe galt die Meinung, die Frühjahrsmesse 1930 befriedigt. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß wir den Tiefstand der Wirtschaft überstanden haben und ein Ansteigen der Konjunktur zu erwarten steht. Allgemein kann dieses selbstverständlich nicht behauptet werden, es gibt Unterschiede, die den verschiedensten Ursachen entspringen. So ist zum Beispiel die Baukonjunktur für dieses Jahr schon vorüber. Die Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten Schacht zur Drosselung des Auslandskredits besonders bei den kommunalen Anleihen haben die geplanten Bauvorhaben schon zerstückelt und ehe man sich höheren Dries diese Angelegenheit besser überlegt haben wird, ist die Zeit für die Finanzgriffnahme von Bauten schon vorüber. Unter diesen Umständen war die Baumesse, die sich auch räumlich sehr extensiv ausgedehnt hatte, etwas ruhig. Auch die Wuga- (Wuchdruckmaschinen) -Klasse über schlechte Geschäfte. Gut ist die Messe in Elektroapparaten und Maschinen gemeldet. Ein Produktionsweig, der eigentlich die größte Stabilität aufzuweisen hat, um größten ist der Konsumgütermarkt immer im Werkzeugmaschinenbau. Hier kündet sich stets am ersten die kommende Krise an, aber auch der kommende Aufstieg macht sich hier zuerst bemerkbar. Die Messe in Werkzeugmaschinen wurde allgemein als gut bezeichnet, was zweifellos als sehr erfreulich für die Allgemeinheit ausgelegt werden darf.

Die Messebeteiligung war sehr stark. Deutsche Aussteller waren 8320 vertreten, das Ausland wartete mit der bisher noch nicht erreichten Zahl von 1250 Ausstellern auf, das sind insgesamt 9570 Aussteller. An dieser Zahl ist der Umfang der Leipziger Messe zu erkennen. Allerdings hat es Zeiten gegeben, in denen die Zahl der Aussteller noch um ein bedeutendes höher war — 1926 rund 14 000 —, das hat aber darin die Ursache, daß zu dieser Zeit noch bedeutend mehr im Kleinbetrieb produziert wurde und diese Kleinfirmen und das Kleinhandeltum sich selbst als Warenverkäufer betätigten. Die höheren Anforderungen, die heute an die Produktion gestellt werden, die Rationalisierung hat unter diesen Kleinfirmen aufgeräumt. Würde man den Maßstab an die Warenmenge und den Warenwert anlegen, der auf dieser Messe mit der um ein Drittel verringerten Ausstellerszahl erzielt wurde, so ergibt sich, daß höhere Werte mit weit geringeren Mitteln umgesetzt wurden. Ein Zustand, der volkswirtschaftlich nur zu begrüßen ist. Der Verlaufs im Handel würde doch nur auf Kosten der die Ware erzeugenden Arbeitskraft gehen. Den Ausstellern steht dann das Kiesenheer von Messebesuchern gegenüber. Diese Zahl geht in das riesenhafte. Am ersten Messeontag trafen zum Beispiel allein aus Berlin mit Sonderzügen 20 000 Menschen ein. Nun sind diese Besucher nicht alle Käufer, es finden sich sehr viel „Schleute“ darunter, die als Bernende kommen, denn die Leipziger Messe ist zu gleicher Zeit die größte Weltschau der Arbeit, eine Ausstellung von ungeheurem Ausmaß. Erfreulicherweise sind auch sehr viele Vertreterinnen der Arbeiter, Betriebsräte usw. in Leipzig anzutreffen, die dort lernen und sich über den Fortschritt in der Produktion und der Wirtschaft unterrichten wollen. Das ist nur zu begrüßen.

Seit Kriegsende hat sich die Leipziger Messe die größte Nähe gegeben, die Leipziger Messe als Weltmesse zu entwickeln. Das ist ihm, wie heute allgemein anerkannt werden muß, vollauf

gelungen. Die größte Unterstützung fanden diese Bestrebungen durch den Beschluß des Verbandes deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten, der dahin ging, nur noch die Leipziger Messe im Frühjahr 14 Tage lang zu bescheiden. Die Begründung war einfach. Das Aufstellen der Maschinen, die man den Käufern und Interessenten im Vertrieb vorzuführen wünschte, kostet bedeutende Summen Geld. Wenn dann eine Maschine nicht abgesetzt wird — es handelt sich um teure Großmaschinen —, könne sie in den Hallen bis zum Verkauf stehen bleiben. Man schuf Kiesenhallen für diesen Zweck. Das Messewesen entstand in der Nachkriegszeit. Jede Stadt, die durch die Ungunst der Verhältnisse in der Schwierigkeiten kam, glaubte durch eine Ausstellung oder Messe ihren Fremdenverkehr heben und den Handel befruchten zu können. Meist wurden es nur durchschnittliche Ausstellungen, die von wenig Käufern besucht waren. Die Kosten bestritten die Verkäufer, die gelommen waren; ihre Waren an den Mann zu bringen, aber in der Regel kein Geschäft machen konnten. Da tauchte der Wunsch auf, die Messe in Leipzig zu zentralisieren, alle Käufer und Verkäufer auf einen Punkt zu bringen und damit dem Handel einen größeren Spielraum zu geben. Auch diese Zentralisation ist in vollem Maße geblüht. Die Schaumessen an den verschiedensten Plätzen haben ihr Dasein aufgegeben und dienen, soweit sie noch bestehen, rein lokalen Bedürfnissen.

Unter diesen Umständen hat sich die Technische Messe zur Weltbedeutung entwickelt. Man konnte in diesem Jahr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zehn Jahre steht diese Weltschau der Arbeit mit den Kiesenausstellungshallen auf dem Messegelände am Völkerschlachtdenkmal. Aus diesem Anlaß soll an anderer Stelle der Entwicklung der Technischen Messe noch einmal besonders gedacht werden.

Das Ausland auf der Messe

Die Beteiligung des Auslandes an der Leipziger Messe ist erfreulich. Die internationale Eigenart der Messe ist geeignet, die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Weltmarkt zu verbessern. Wenn auch allerlei Zollbestrebungen im Gange sind, um die Grenzen gegen fremde Waren abzuschließen und dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Wortspariatoren zu frönen, jedes Volk verjorge sich selbst, macht die gesunde Ausbreitung des internationalen Warenaustausches gute Fortschritte. Die Ausländer kommen als Käufer und Verkäufer. Sie wollen ihre Waren, von denen sie genügend haben, gegen unsere Waren, die ihnen fehlen, tauschen. Nur Karren können glauben, daß die Ausländer von uns kaufen, während wir unsere Grenzen gegen fremde Waren verrammeln. Deutsche kauft deutsche Ware! Dieser Schrei ist mit nichts zu begründen. Und der Spruch von der Sorge um Arbeitsbeschaffung für die Arbeiter ist nicht ethisch. Wenn es alle Staaten so machen, dann wäre das Wirtschaftsleben schnell wieder erdrosselt. Dem Leipziger Mesamt gebührt Dank, daß durch eine gemessene Werbung dem gesunden Warenaustausch mit dem Ausland die Wege gebahnt worden sind. Dem Wirtschaftsfrieden der Welt ist dadurch ein großer Dienst getan.

Die Messe war von 25 Nationen besucht, 19 europäische und 6 außereuropäische. Verschiedene Länder haben eigene Messehäuser. Rußland bemüht sich außerordentlich stark, um in Handelsverkehr mit den Völkern zu kommen. Die russische Halle ist am meisten besucht, allerdings nur von „Schleuten“. Man treibt starke Propaganda, verkündet in Kiesenhallen, was man in fünf Jahren einmal wird leisten können, während man in der Jetztzeit sehr wenig Handel treiben kann. Die Warenmengen, die Rußland liefern kann, sind mäßig und selbst kaufen kann es nicht, da es durch Geldmangel gehindert ist. Mit eigener Messehalle wartet auch der chilenische Staat auf. Er ist das erste Mal da und bietet seine Produkte, Salpeter, Steine, Konserven, Weine, Teppiche, Walfischprodukte und anderes an. Auch Polen ist das erste Mal mit einer Kollektivausstellung beteiligt. Es bringt seine Waren auf den Markt, um Gegenwerte zu lösen. Tabak, Holz, Textilien, Volkstanz, Porzellan, Körbe und viele Dinge werden geboten. Polens Ein- und Ausfuhr betrug im Jahre 1929 rund 2 1/2 Milliarden Flotm, ein Beweis, wie der neue polnische Staat sich die Förderung seines Auslandshandels angelegen sein läßt. Die Tschechoslowakei und Estereich haben eigene Messen. Japan, Frankreich, China, Amerika und Dänemark waren in Gemeinschaftsausstellung zusammengelassen. Die übrigen Staaten waren durch Einzelhändler vertreten. Die valutatätschenden Staaten bemühten sich stark um Warenabsatz nach Deutschland, was wohl zu erklären ist durch den festen Wert, der ihnen mit der Bezahlung in deutschem Gelde gegeben werden kann. Der umgekehrte Zustand, wie wir ihn in unserer Inflation unheiligen Angebens erlebt haben. Es lohnt sich, nach Deutschland Waren zu verkaufen, und wir Deutsche bekommen billige Waren. Nur der Arbeiter merkt nichts davon, denn heute heißt es nicht mehr: das ist Auslandsware. Das sagte man uns nur in der Glendzeit, weil man deutsche Waren dem Arbeiter für hohe Auslandspreise aufschmieren konnte. Den Vorteil der heutigen billigeren Auslandswaren schiebt die Deutelschneiderzunft ganz ungeniert selbst ein und dafür wird über die Begehrlichkeit der Proleten gezerrt. Trotz dieser Verhältnisse war aber auch der Einkaufsbesuch aus dem Ausland sehr befriedigend. Deutschland liefert immer noch gute Qualitätsarbeit und die findet auch im Ausland trotz höherer Geldwertung ihre Käufer. P. H.

Reiten der Arbeitslosigkeit den Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gleich.

Die Wartzeit dauert bei der Invalidenversicherung (für den Rentenbezug), wenn für den Versicherten auf Grund der Versicherungspflicht mindestens hundert Beiträge geleistet worden sind, zweiwunder Beiträgewachen. Das Wort „Wartzeit“ bedeutet, daß ohne ihre Rückdekung vor Eintritt des Versicherungsfalles ein Anspruch auf Invalidenrente nicht gegeben ist. Als Pflichtbeiträge gelten auch die vollen Wochen, in denen der Versicherte wegen Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweisbar (Vermerk in der Quittungsliste) verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Jedoch werden diese Wochen nur bei denen berücksichtigt, die vorher berufsmäßig und nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind.

Scheidenes Glück

Sonnabend Nachmittag. In der Straßenbahn gibt es große Gefächter. Männer lehnen von jüngerer Berufsarbeit heim. Frauen sich auf den erschöpften Ruhelage. Frauen hupfen die vollen Karntaschen unter die Bänke. Aus allen Ecken kichert fröhliche Sonntagsvorfreude.

An der nächsten Haltestelle steigt ein junges Ehepaar ein. Der Vater führt das Töchterchen an der Hand, die Mutter trägt einen nageleinen Kapparton. Sie leben sich mir gegenüber. Der Vater muß dem nimmermüden Klappermäulchen Rede und Antwort geben. Die Wäde der Frau gleiten über die Kleidung des Mannes, und ein glückliches Lächeln huscht über ihre Lippe.

Als die Bremse des Wagens knirschend ansieht, beugt sie sich zu ihrem Manne hinüber und spricht mit scheuem Seitenblick, als trüge sie ein schweres Geheimnis auf ihrer Seele: „Du, der Angus liegt dir gut.“

Seine unbeholfene Hand geht über die feide Bligelfalte, freischt grob über das neue Tuch. Ich verhehle: beide haben einen neuen Angus erstanden und der alte ruht wohlverdient im Karton. Ihre Augen verraten es deutlich, daß dieses neue Tuch die Erfüllung eines langgeharten Wunsches ist. Runde auf Runde wanderten keine Ersparnisse ins Eaublach. Jetzt hat es zur Anjahlung gereicht. Selbst das laubere, fragelose: Gums trägt einen Abgang dieser Freude und wie zur Entschuldigung will es rufen: „Vahl nur! Morgen, am Sonntag trage ich auch einen Angus, eines neuen Sonntagstragens!“

Und ich freue mich mit ihm. J. B.



Verbandsleben



Zwischen zwei Jubiläen

Zeitungsnotiz. Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum feiert heute Herr Sigismund Müllig, Arbeiter bei der Firma Z & Co. Herr Müllig gilt als tüchtiger Arbeiter in seinem Fach und erfreut sich nicht nur der besonderen Wertschätzung seiner Vorgesetzten, sondern auch bei seinen Mitarbeitern. Auch wir gratulieren dem Jubilar. Seine berufliche Schulung und Fleiß mögen der Firma noch lange erhalten bleiben.

Ausgang der Firma Z & Co. Die scharfe Konkurrenz gerade in unserer Branche ermöglicht uns einen einigermaßen auskömmlichen Wettbewerb nur bei wesentlicher Verbilligung der Produktion. Nur durch bedeutende Herabsetzung unserer Preise sind wir überhaupt in der Lage, Aufträge für unser Werk und damit Arbeit für unsere Arbeiter hereinzubekommen. Wir sehen uns deshalb zu unserem größten Bedauern veranlaßt, eine allgemeine Nachprüfung aller bei uns bisher bezahlten Alfordlöhne vorzunehmen und bringen dies hiermit allen in unserm Werk beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zur Kenntnis.

Arbeitsgericht in M. (M. 106/25). ... Die fristlose Entlassung des Arbeiters Müllig ist zu Recht, da er sich wiederholt geweigert hat, eine ihm übertragene Arbeit auszuführen. Entlassungsgründe: Die Firma Z & Co. in M. war berechtigt, eine allgemeine Herabsetzung der Alfordlöhne vorzunehmen, da die in § 12 Abs. 2 des Tarifgesetzes für die ... Industrie in M. und Umgebung vorgesehenen Mindestlöhne von den Arbeitern auch durch die neuen Sätze erreicht wurden. Der Einwand des Klägers, der ihm für seine Arbeit angebotene Preise sei nicht tarifmäßig zustandekommen, konnte für das Gericht nicht gelten. Vielmehr ist in der wiederholten Ablehnung der Arbeitsausführung seitens des Klägers eine beharrliche Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123 Abs. 3 GG zu erblicken, welche die Befugnis zur fristlosen Entlassung des M. berechtigt. Ob M. mit dem verringerten Verdienste nicht imstande war, seine zahlreiche Familie zu ernähren, hatte das Gericht nicht zu prüfen. Die äußerst präzise Lage der Firma erforderte eine gebührende Beachtung von Seiten der Arbeitnehmer.

Spruchauskunft des Arbeitsamtes M. An den Arbeiter Sigismund Müllig. Ihr Einspruch gegen die vorläufige, ablehnende Entscheidung des Herrn Vorsitzenden des Arbeitsamtes M. bezüglich Ihres Antrages auf Verhängung der vierwöchentlichen Wartefrist für den Bezug der Gewerkschaftenunterstützung (§§ 173 und 180 SGB) ist abgelehnt, da in Ihrem Falle durch rechtskräftiges Urteil des Arbeitsgerichts M. (M. 106/25) beharrliche Arbeitsverweigerung (§ 123 Abs. 3 GG) festgestellt ist. Diese Entscheidung des Spruchauskunftsausschusses erfolgte einstimmig, es ist somit eine Berufung an die Spruchkammer des Landesberufungsamtes (LBA) nicht möglich.

Städt. Fürsorgeamt M. (B 225/110). Herrn Sigismund Müllig. Hier. Ihrem Antrag auf eine einmalige Mietbeihilfe kann nicht entsprochen werden, da Ihre Frau im Hause befindliche erworbene Rechte durch eigenen Verdienst den vorgesehenen Mietsatz um 7,15 M. überschreitet. Ihr Antrag betreffend Erlass häuslicher Gebühren kann daher diesbezüglich nicht befürwortet werden.

Zeitungsnotiz. Selbstmord durch Gasvergiftung begangen gestern in ihrer Wohnung die Eheleute Müllig mit ihren beiden noch schulpflichtigen Kindern im Alter von acht und zehn Jahren. Die beiden anderen Kinder, von denen der jetzt siebenjährige Sohn demnachst seine Schulzeit beendet und die zwanzigjährige Tochter seit etwa einem Jahre in einem bekannten Kaufhaus in Stellung ist, befinden sich in ihrer Berufstätigkeit außer dem Hause. Wie wir hören, soll Gewerkschaftigkeit des Vaters die Ursache sein.

Zeitungsnotiz. 40 Jahre sind es heute, seit Herr Generaldirektor H. Chef der weltbekannten Firma Z & Co., in die damals noch verhältnismäßig kleine Fabrik als Teilhaber eingetreten ist. Der angenehme Anblick, den das Unternehmen in dieser Zeit genommen hat, ist zum großen Teil auf die hervorragende Wirksamkeit dieses Mannes zurückzuführen. Die Geschäftsführung hatte aus jeder eines so seltenen Jubiläum eine Feier im großen Rahmen vorgenommen. An der Ehrung beteiligte sich nicht nur das gesamte Personal, sondern auch Vertreter der Behörden der sozialen Einrichtungen der Stadt. Die Zahl der Glückwünsche wollte kein Ende nehmen. Will doch der Jubilar in weiten Kreisen als ein treu hilfsbereiter Freund und Berater seiner Arbeiter. Seine unermüdete Tätigkeit auf den Gebieten der sozialen Fürsorge hat seinen Ruf als Menschenfreund in alle Weltstriche getragen. In jeder Hinsicht gelten weniger seine großen Erfolge als Industrierichter, als seinem unermüdeten Bemühen für seine Leute. I. de Vort.

Doppelverdiener

Sein Eintreten einer Krise oder Arbeitslosigkeit steht der dem ihr Betroffene mit mehr oder weniger schnellen Augen auf seinem Kopfe. Der zur Entlassung Kommenbe beruft sich auf den § 123 des Betriebsvertrages. Er kann natürlich andere Personen nachhaken, denen es nach seiner Meinung wirtschaftlich besser geht oder die sich selbst geschickter bedienen. Die Selbstprüfung oder der Selbstbehaltungsstreik mag sich wohl eignen. Der Betriebsrat ist da zu behörden. Er kann es ihnen recht machen. Es werden in den Betriebsvertragsbedingungen viele Vorbehalte gemacht und enthält. Bei weiterer Prüfung jedoch erweisen sich manche als unbrauchbar oder gar schädlich.

Die Vorbehalte beziehen sich oft auf die Doppelverdiener. Es soll nicht bestritten werden, daß es Frauen gibt, deren Mann ebenfalls beschäftigt und folglich genug verdient, um seine Ehegattin dahinter zu behalten. Dazu gibt es auch viele Mädchen, die es nicht nötig haben, zu arbeiten, weil sie vielfach so beliebt sind, daß sie ihren Verdienst zu Fuß und anderen Hand verzeichnen können. Es wäre wirtschaftlich richtig, gegen dergleichen Frauen von Frauen zu sprechen, daß sie verdienenderen Mannern die Beschäftigung wegnehmen. Diese Doppelverdiener sollten, wenn irgend möglich, aus den Betrieben entfernt werden.

Das ist nicht auch in Betrachtungen ausgeschlossen, darauf zu bestehen, daß die Männer, die über 50 Jahre hinaus sind, ganz entlassen werden. Es wird dabei angeführt, daß die Alten in Ruhe liegen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterwelt wird aber behauptet. Es können von der Seite allein nicht leben, da sie in nur 15 M. monatlich im Durchschnitt betragen. Sie werden der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Der Ausschuss für ein Ehepaar besteht in Berlin 21 M. im Monat. Sie werden an den 15 M. Monat nach einem Gehalt von 25 M. monatlich dem Arbeitsamt erhalten. Dieser Gehalt wird aber von den Kindern, die ein schulpflichtiges Einkommen haben, wieder eingesogen. Durch die Entlassung jedoch kann der Arbeiter, dessen Lebenshaltung nun ein gewisses Maß erreicht wird, und die Kinder, von denen die Kosten der Fürsorge wieder eingestrichen werden.

Der Arbeiter ist sich an seinem Lebensalter geschwächt, kann mit zunehmenden Lebensjahren nicht in einem Ort zum

andern geschoben, was meist einer Lohnsenkung gleichkommt. Eine bekannte Tatsache ist, daß die alten Kollegen schon fünfzehn und zwanzig Jahre und noch länger bei ein und derselben Firma beschäftigt sind. Sie können daher schon aus menschlichen Gründen nicht so ohne weiteres auf Straßenpflaster geworfen werden. Der Unternehmer würde mit Freuden der Entlassung zustimmen, wird er doch seiner moralischen Pflicht enthoben.

Solange nicht für einen auskömmlichen Lebensunterhalt gesorgt ist, sei es durch gesetzliche Bestimmungen oder auf andere Art, sollte man nicht für die Entlassung dieser Kollegen eintreten. Den Vorteil der Entlassung alter Kollegen hat nur der Unternehmer. Er wird für diese Arbeitskraft keine vollwertige mehr einstellen. Durch diese Maßnahmen wird die Zahl der Arbeitslosen nicht vermindert.

Durch all das wird natürlich das Problem der Verteilung und die Regelung der Arbeitsplätze nicht berührt. Aus dem Dilemma kommt man damit nicht heraus. Wir leben in einem neuen Abschnitt der kapitalistischen Wirtschaft. Der Mensch wird immer mehr durch die Maschine ersetzt. Die Rationalisierung schreitet immer schneller fort und setzt immer mehr Arbeitskräfte frei. So wie früher der vierzehntägige Arbeitstag dem zwölfstündigen, dieser dem zehnstündigen und dann dem neun- und achtstündigen weichen mußte, so ist auch heute der achtstündige Arbeitstag überholt. In Amerika ist schon in einigen Industriezweigen mit Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche der Anfang gemacht. Auch die deutsche Industrie wird eine neue Regelung der Arbeitszeit finden müssen. Es geht nicht an, daß wir selbst in guter Geschäftszeit eine Million Erwerbslose haben. Um diese zu beseitigen, müssen wir den Arbeitstag verkürzen. Die Forderung der Arbeiter ist der siebenstündigen Arbeitstag und die fünfjährige Arbeitswoche. Diese Forderung ist nur im Kampf durchzusetzen. Und der sollte von den Gewerkschaften hergestraft begonnen werden.

O. O., Berlin.

Betriebsrätekonferenz in Hannover

Am 28. Februar tagte in Hannover die Betriebsrätekonferenz des Bezirks des DVB, 106 Vertreter und Gäste sowie 6 Vertreter des Abendes waren erschienen. Der Bezirksleiter Höhr leitete die Verhandlung. Zunächst sprach der Bezirksleiter Lorna über die Betriebsrätearbeiten. Im Bezirk Hannover konnten sie im Vorjahre wie immer ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die Zahl der Betriebe, in denen Betriebsräte gewählt sind, sowie die Zahl der Betriebs- und Arbeiterräte steigt von Jahr zu Jahr. 1929 wurden in 82 Betrieben 1335 Arbeiterräte auf freigewerkschaftlichen Listen gewählt. Mandate erhielten die freien Gewerkschaften 1305, die christlichen sechs, die Hirsch-Dunderthien eins und die gelben eins, acht Arbeiterräte waren unorganisiert. Von den freigewerkschaftlichen Arbeiterräten waren organisiert im DVB 1094 und 111 in anderen freien Gewerkschaften. In der Verwaltungskasse Goslar konnte die Wahl nur mit Hilfe des Arbeitsgerichtsvorsitzenden durchgeführt werden. Kommunistische Listen sind in keinem Betriebe der Metallindustrie des Bezirks Hannover zustande gekommen. Die Betriebsräte werden von der Bezirksleitung alljährlich geprüft. Ist die Wahl in einem Betriebe bis spätestens 1. April nicht vollzogen, greift die Bezirksleitung ein und versucht die Wahl zustande zu bringen. Der Betriebsrat ist das Rückgrat der Organisation im Betriebe. Wer sich für kommunistische Listen einsetzt oder sich als Kandidat auf kommunistische Listen stellen läßt, hat mit dem Ausschluss aus der Organisation zu rechnen. Das Betriebsratsamt ist das höchste Ehrenamt, das im Betriebe zu vergeben ist. Dieses Ehrenamt kann nur von einem Ehrenmann bekleidet werden. Bei den Wahlen müssen bewährte, geschulte Gewerkschafter aufgestellt werden.

Nach einer kurzen Ansprache, an der sich die Kollegen Oppermann, Gremler, Koch, Heine, Treumann und Weidmann beteiligten, spricht der Verbandsvorsitzende Reichel über Wirtschaftslage und Betriebsrätewahl. Sodann wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Die Konferenz verlangt schärfste Überwachung des § 123 der Gewerbeordnung. Diese Fassung stellt den Schutz der Betriebsräte praktisch in vielen Fällen auf und gibt reaktionären Arbeitgebern Gelegenheit, ihnen nicht genehme Betriebsräte zu entlassen. Die anwesenden Vertreter beauftragen die Vorstände des DVB und des DGB, alle Schritte zur Änderung der Gewerbeordnung baldmöglichst zu unternehmen.

Die Konferenz stellt sich ganz auf den Boden der Entschlüsse des Reichsbeirats der Betriebsräte vom 29. und 30. Dezember des Vorjahres. Sie erwartet bei den kommenden Betriebsrätewahlen von allen Mitgliedern die Beachtung der Organisationsbestimmungen und fordert die Organisationsleitung auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Mitglieder vorzugehen, die die DVB in ihrem arbeitsvertraglichen Treiben unterstützen. Der geschlossene Front der Unternehmer muß die geschlossene Front der organisierten Metallarbeiter entgegengesetzt werden.

Schließlich spricht Stiefeler (Hannover) dem Kollegen Höhr, der am 1. April d. J. in den Ruhestand tritt, den Dank für seine zehnjährige Tätigkeit als Bezirksleiter aus und wünscht ihm noch eine Reihe von Jahren beste Gesundheit und Frische. Auch Reichel spricht Höhr im Auftrage des Vorstandes den Dank für seine vorbildliche Tätigkeit aus und ermahnt alle Funktionäre, dem Kollegen Höhr nachzugehen. Kollege Höhr dankt für die Anerkennung und schließt mit dem Wunsch, daß die Beschlüsse der Konferenz in den einzelnen Betriebskreisen wiederholt werden mögen, die Konferenz.

Betriebsrätekonferenz in Nürnberg

Die Konferenz der Betriebsräte des Bezirks Nürnberg fand am 2. Februar in Nürnberg statt. Anwesend waren 82 Delegierte und 63 Gäste, sowie die Vertreter des Abendes, des DVB und des Betriebsräteverbandes. Der Bericht vom der Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte erregte die Aufmerksamkeit der Betriebsräte. Seine Beschlüsse führten zu einer lebhaften Aussprache, welche von 11 Rednern gehalten wurde. Sie war getragen von einem hohen sozialen Geist und bewegte sich durchweg im zunehmenden Sinne. Bei den kommenden Betriebsrätewahlen sprach sich der Gewerbe Reichel vom Reichsamt. Die nachfolgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Die Konferenz anerkennt vollständig die Beschlüsse der Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte vom 29. und 30. Dezember 1928. Insbesondere begrüßt sie den Beschluß über die Durchführung der Betriebsrätewahlen 1930 und schloß mit großer Kraft für diese einzutreten. Sie wünscht ebenso wie der Reichsbeirat die gewerkschaftsfeindliche und schädigende Tätigkeit der kommunistischen Partei auf das Entschiedenste.

Die Betriebsräte werden sich durch kommunistische Phrasen und Verleumdung langjähriger Gewerkschaftsfunktionäre in ihrer aufbauenden Arbeit nicht hindern lassen. Vielmehr werden sie im Bezirk Nürnberg die kommenden Betriebsrätewahlen durchsetzen nach den Richtlinien des Reichsverbandes vom 29. und 30. Dezember 1928 und den Beschlüssen des Reichsbeirats vom 29. und 30. Dezember 1928, monoch weber. Es werden die Mitglieder des DVB anerkennen und unterstützen werden dürfen, weil sie bei den Wahlen der freien Gewerkschaften und damit die Betriebskraft bei der Wahl schützen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern S.-U. 62841, 62842, 62848

Mit Sonntag dem 16. März (1. der 12. Wochenbeilage für die Zeit vom 16. bis 22. März 1930 fällig.)

Für den in Nr. 3 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschriebenen Posten eines **Bezirksleiters für Hannover** wurde der Kollege Johann Stiefeler, Hannover, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.
Stuttgart, Röntgenstr. 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzubalten:

von Banauflägern nach Berlin (Westermann & Gader) D.; von Carosierarbeitern aller Branchen nach Bayreuth; von Metallarbeitern nach S. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.

• = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; Et. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausperrung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuletzt angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverbänden über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

In Nürnberg wurde der Kollege Otto Neubold, Müllingen, zum Geschäftsführer und 1. Bevollmächtigten gewählt. Allen Bewerbern sei gedankt.

Von den Schiffszimmern

In Frankfurt a. O. fand am 2. März eine Konferenz der Arbeiter der Flussflößerei statt. Außer neun Orten waren die Bezirksleitungen von Brandenburg und Breslau vertreten. Der Kollege Mielke gab den Bericht über die Neuregelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse. Aus Breslau lagen Anträge vor, den Mantel- und Lohnsatz nachstens zu kündigen. Die Meinung über diese Forderung war in der Konferenz sehr geteilt. In der lebhaften Aussprache über den Bericht wurde gesagt, daß Mitglieder des sogenannten Revolutionären Schiffsbauerverbandes sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen lassen und ohne Abschiedsentschädigung 8 bis 10 Stunden den Tag arbeiten. Geplagt wurde auch darüber, daß einzelne Kollegen auf Urlaub versetzten und sich ihn durch Geld abgellen lassen.

Eingehend wurde die Lage in Kaufs a. O. und Oberschlesien besprochen, wo auf Grund der Kriegsfolgen eine außerordentliche Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse eingetreten ist. 400 Röhne haben auf der Oder im Vorjahre arbeitslos gelegen. Dabei wurden für die Oder nur 199 Schiffsfahrstage festgestellt, gegenüber 278 für die Elbe und 818 für den Rhein. Anerkannt wurde, daß die Lage der Schiffszimmerer sich durch die große Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, seit dem Eintritt zu ihm erheblich gebessert hat. Vom Kollegen Mielke wurde darauf hingewiesen, daß es in dem großen Metallarbeiterverband nicht möglich sei, von jedem Ort und von jeder kleinen Gruppe Berichte in der Metallarbeiter-Zeitung zu bringen. Es stehe aber den einzelnen Kollegen frei, an die Schriftleitung mit Berichten über wichtige Berufsverhältnisse heranzutreten. (Was jetzt haben wir nur einen einzigen Bericht von Schiffszimmern erhalten, und das ist lange her. Schriftleitung.) Die Einberufung der Konferenz wurde begrüßt und gewünscht, daß in jedem Jahre eine stattfindet.

Beschlossen wurde, es der Bezirksleitung zu überlassen, den Mantel- und Lohnsatz zu kündigen. Es soll dabei die wirtschaftliche Lage und die Verhältnisse in den anderen Tarifbezirken der Schiffszimmerer berücksichtigt werden. Beraten wurden dann eine Reihe Anträge zum Lohnsatz, die nach erfolgter Kündigung berücksichtigt werden sollen. Zu Mitgliedern der Verhandlungskommission wurden gewählt je ein Kollege aus Breslau, Fürstberg a. O. und Bredend. Schwarzweiß.

Ein 80jähriges Verbandsmitglied

Unsere Verwaltungsstelle in Lauenburg hat das seltene Glück, ein 80jähriges Mitglied zu haben, das noch wieder im gewerkschaftlichen Geschäft geht. Es ist dies der Kollege Rohwerder. Er gründete im Jahre 1893 in Lauenburg die Verwaltungsstelle, deren Vorsitzender er 14 Jahre war. Später war er noch einmal, und zwar 1913/14 Vorsitzender. Außerdem schuf er den Arbeiter-Turnverein, und das er der Sozialdemokratischen Partei als eifrig Tätiger angehörte, ist wohl selbstverständlich. Obwohl der Kollege dem biblischen Alter nahegekommen ist, sieht man ihn, mit Herz und Kopf bei allen gewerkschaftlichen und politischen Veranstaltungen. Ein betriebliches Vorbild findet unsere Jugend so leicht nicht wieder. Wir senden dem wackeren Mitstreiter zu seinem 80. Weigenfest, das er am 7. März beging, unsere herzlichsten Glückwünsche und herzlichsten Grüße.

Sprachette

Das Schlafittchen. Seit dem 18. Jahrhundert hat sich die Nebenart jemand beim Schlafittchen nehmen aus der volksmäßigen Rede (besonders Mittel- und Niederdeutsch) auch im Schrifttum durchgesetzt. Das Grundwort Schlafittich, eigentlich Schlafittich (ähnlich der oberflächliche Schlafittich), seit 1743 belegt bezeichnet den Flügel mit Schlag- oder Schwungfedern, zunächst den der Gans, an dem man diese padt. Es wurde übertragen auf den Pappel, den schlappenden, herabhängenden Flügel am Flügelende, den Schwab am Kopf, auch auf den Kragen, an dem man ja auch einen nehmen kann, und wie unter Kragen hier ursprünglich der Hals oder die Kehle zu verstehen ist, so dextrirt auch das Schlafittchen den Krage oder die Gurgel, an der man einen padt. Das Gegenstück dazu ist allerdings die Kravatte, das ist die Halsbinde, an der man jemand padt. Aus dem norddeutschen See- und Schifferleben stammt der Raute, ein eiserner Haken, den man an die Kravatte schneuert. Ruten und Haken schlägt, um sie zu fassen und zu geben; ihn glaubt man auch bei Menschen anwenden zu müssen und sagt dann wenig schmeichelhaft, man wolle jemand beim Kravatten nehmen. Deutscher Sprachverein.

Kohlensorgen der Weltwirtschaft

Von Gg. Engelbert Graf

In Genf findet zurzeit im Rahmen der Völkerverbundberathungen die technische Vorkonferenz über das internationale Kohlenproblem statt, der in diesem oder im nächsten Jahre eine große, wirtschaftlich und politisch hochbedeutende internationale Tagung folgen wird.

Es ist einmal das Kohlenproblem im Mittelpunkt eines internationalen Kongresses, des XII. Internationalen Geologenkongresses, der 1913 in Toronto (Kanada) abgehalten wurde. Damals hatte der unheimlich steigende Kohlenverbrauch die technischen und wirtschaftlichen Fachleute alarmiert. Wann werden bei derart steigendem Verbrauch die Kohlenvorräte der Erde zu Ende gehen? Das war die bange Frage, die zunächst zu einer umfassenden Bestandsaufnahme zwang. Heute ist es aber auffallende, nun schon anderthalb Jahrzehnte andauernde Stillstand in der Weltkohlenproduktion, der immer mehr krisenhaft Formen annimmt, das Kapital aus diesem Industriezweig vielfach abwandern läßt und die Belegschaft zum Feiern zwingt. Seinerzeit rief das Gespenst des drohenden allzu großen Kohlenverbrauchs die Fachleute zusammen; dieses Mal berät man über Mittel und Wege, die Kohlenproduktion zu steigern — Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung!

Der Geologenkongreß von Toronto hat 1913 die Gesamtvorräte der Erde an Stein- und Braunkohlen, gestaffelt nach sichereren, wahrscheinlichen und möglichen Vorkommen, bis in 2000 Meeres Tausen berechnet; diese Berechnungen sind neuerdings auf Grund seitheriger Feststellungen durch den englischen Geologen Douglas in mancher Beziehung abgeändert, berichtigt worden.

Von dem Gesamtvorrat von 5747,4 Milliarden Tonnen kommen 985 Milliarden Tonnen auf sichere Vorräte. Von diesen sicheren Vorräten befinden sich 696 Milliarden Tonnen (= 0,64 vH) in den Vereinigten Staaten und in Kanada, 263 Milliarden Tonnen (= 26,73 vH) in Europa. Von den wahrscheinlichen Vorräten kommt ebenfalls der Löwenanteil mit 2705 Milliarden Tonnen (= 56,81 vH) auf Nordamerika, auf Asien und Australien 1581 Milliarden Tonnen (= 33 vH), auf Europa 388 Milliarden Tonnen (= 6,7 vH). Die wahrscheinlichen Vorräte in Europa verteilen sich in der Hauptfache auf Polen mit 140, Deutschland 92, Rußland 54 und Großbritannien mit 48 Milliarden Tonnen.

Selbstverständlich können diese Zahlen auf unbedingte Richtigkeit keinen Anspruch machen. Die Schätzungen für China zum Beispiel werden heute von mancher Seite — aus spekulativen Gründen? — mit 200 bis 300 Milliarden Tonnen erheblich niedriger angegeben, die sibirischen Vorkommen sind sicher reicher als ursprünglich angenommen und werden heute bereits von sachverständiger Seite auf 450 bis 500 Milliarden Tonnen angegeben. Vegt man die Förderzahlen von 1928 zugrunde, so wären die sicheren Vorräte erschöpft in Großbritannien in 330, in den Vereinigten Staaten von Amerika in 385 und in Deutschland in 350 Jahren. Ob, um wieviel und wo die Kohlenproduktion in Zukunft gesteigert werden wird, läßt sich natürlich heute noch nicht voraussagen.

Auf die frömmliche Produktionssteigerung bis zum Weltkrieg ist seitdem ein auffallender Stillstand gefolgt, der aus nachstehender Tafel klar ersichtlich ist:

Weltkohlenförderung	In Millionen Tonnen	Prozentual 1913 = 100	Förderung der Vereinigten Staaten in Mill. Tonnen
1885	889	80,87	100,8
1900	726	57,62	244,7
1913	1290	100,0	517,1
1920	1228	97,06	597,2
1925	1256	99,58	527,9
1928	1320	104,78	516,6

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß sich die Kohlenproduktion von 1885 bis 1913 auf das 3 1/2fache erhöhte. Seit Kriegsbeginn aber pendelt die Weltproduktion, auch die der Vereinigten Staaten, um die Produktion von 1913 herum. Großbritannien hat sogar in diesem Zeitraum einen Rückgang um 17 vH, von 292 auf 241 Millionen Tonnen zu verzeichnen; nur Holland und Frankreich weisen eine wesentliche Steigerung der Produktion auf; Deutschland hat den durch Gebietsabtretung verursachten Verlust einigermaßen wieder wettgemacht. Die Ausfuhrzahlen entsprechen im großen und ganzen wieder der Vorkriegszeit.

Worauf ist nun der Stillstand in der Weltkohlenproduktion zurückzuführen? Der Energieverbrauch der Welt hat doch dauernd zugenommen. Er betrug nach Berechnungen von Dunlop, in Kohle ausgedrückt, im Jahre 1913 1333 Millionen Tonnen, im Jahre 1926 jedoch 1539,4 Millionen; das bedeutet eine Zunahme von 17 vH. Aber der Anteil der Kohle an der Weltenergiemenge ist in dieser Zeit von 90 auf 77,7 vH zurück-

gegangen. 1925 kamen an Energiegewinnung auf Kohle 1235 Millionen Tonnen und — in Kohle umgerechnet — auf Erdöl 233,7 (14,7 vH), auf Wasserkraft 120,7 Millionen Tonnen (7,59 vH).

Ausfuhrübersicht an Kohle in Millionen Tonnen

Jahr	Großbritannien	Deutschland	Polen	Vereinigte Staaten
1898	83,82	7,22	—	2,46
1906	50,10	11,55	—	8,09
1910	65,52	18,31	—	12,74
1913	77,90	32,89	—	21,86
1923	69,08	10,27	2,99	9,24
1923 (Kohlebelegung)	85,84	17,7	12,64	21,16
1924	66,58	11,48	11,39	19,20
1925	54,95	25,27	8,11	18,51
1926 (engl. Bergarb.streit)	0,32	49,07	14,31	35,07
1928	54,51	27,31	12,79	17,71
1929	63,93	29,27	—	—

Besonders die kohlenarmen Länder haben in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten ihre Wasserkraftanlagen in unverhältnismäßig schnellem Tempo ausgebaut:

Ausgebauete Wasserkräfte in 1000 PS

Länder	1913	1928	Zunahme in vH
Norwegen	500	4717	843,4
Italien	700	5490	394,29
Kanada	1000	4888	388,83
Frankreich	600	2100	234,83
Schweiz	600	1850	208,33
Deutschland	700	1599	128,44
Schweden	600	1350	125,00
Vereinigte Staaten	6500	12298	89,17

Italien kann heute über 3, die Schweiz 2,5 Millionen Tonnen jährliche Kohleneinfuhr erparen.

Welche Bedeutung Erdöl und Erdölprodukte — hauptsächlich Heizöl und Benzin — als Energieerzeuger haben, zeigt die zunehmende Motorisierung. Gegenüber 21 Millionen Kraftwagen im Jahre 1925 dürften heute annähernd 35 Millionen vorhanden sein. In der Seeschifffahrt geht die Verwendung der Kohle als Kraftstoff anhaltend zurück. Auch hier ergibt sich ein beträchtlicher Ausfall an Ausfuhrlohn dadurch, daß kohlenarme Länder ihre Handelschiffe am schnellsten motorisieren: während der Anteil an der Motorisierung in den Vereinigten Staaten nur 4,3, der Großbritanniens nur 10,6 vH beträgt, weisen Italien 17,2, Schweden 38,2, Dänemark 42,4, Norwegen sogar 42,7 vH an Motorisierung auf.

Sehr erheblich ist auch der im Kohlenverbrauch durch die Rationalisierung verursachte Ausfall. In den Vereinigten Staaten berechnet man die durch die verbesserte Wärmetechnik ersparte Kohlenmenge auf 15 bis 25 vH. In Deutschland wurden im Hochofenprozess für die Tonne Roheisen im Jahre 1913 1,141 Tonnen Koks, im Jahre 1927 durchschnittlich nur noch 1,017 Tonnen verbraucht; das bedeutet eine Ersparnis von 11 vH; eine noch größere Ersparnis (14 vH) weisen die amerikanischen Hochofenbetriebe auf. Moderne Kraftwerke verbrauchen 1913 zur Gewinnung von 1 Kilowattstunde elektrischer Kraft 0,8 bis 1,0 Kilogramm Kohle (zu je 7000 Wärmeeinheiten), 1928 werden zur gleichen Erzeugung nur noch 0,50 Kilogramm verbraucht. Bei den deutschen Staatsbahnen beträgt die durch die bessere Wärmeausnutzung erzielte Ersparnis gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr fast 20 vH, was einer absoluten Ersparnis von jährlich über 3 Millionen Tonnen Kohlen entspricht.

All das bedeutet natürlich eine fühlbare Beschränkung der internationalen Absatzmöglichkeiten der kohlerzeugenden Länder. Es wird daher nötig sein, die Kohleproduktion bis zu einem gewissen Grade abzurufen und durch internationale Abereinkommen zu kontingieren, das heißt anteilmäßig auf die kohlenproduzierenden Länder umzulegen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird von den am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Staaten auch durchaus anerkannt; Voraussetzung ist natürlich das Vorhandensein genügend starker Produzentenorganisationen, mit denen bindende Abmachungen getroffen werden können.

Den wichtigsten Ausweg aus den vorhandenen Schwierigkeiten dürfte aber mit den Fortschritten der chemischen Industrie die Ver wandlung der Kohle aus einem Kraftstoff in einen industriellen Rohstoff bieten: ließe es sich doch hierdurch auch ermöglichen, die Kohle, deren Energiemenge bisher als Kraftstoff nur zu einem geringen Teile nutzbar gemacht werden konnte, fast restlos auszunutzen.

gestellt wird, beträgt in Wirklichkeit nur 756 Mill. M. je Jahr. Der Zinsfuß durchschnittlich 6,1 vH, also wesentlich weniger, als die allgemeine Wirtschaft für ihren Kredit aufwenden muß. Der Landwirtschaft sind aus öffentlichen Mitteln ungeheure Kredite und Zuschüsse in den letzten Jahren zugeteilt worden. Nach einer Berechnung Schmidts wurden in den Jahren 1924 bis 1929 insgesamt an Krediten und Beihilfen vom Reich und Preußen 2582 Millionen Mark geleistet. Die übrigen deutschen Länder haben das ihrige in dem gleichen Verhältnis getan. Die Kredite sind teilweise so reichlich gegeben worden, daß sie gar nicht untergebracht werden konnten.

Außerst lehrreich sind die Kapitel über die Steuerleistung der Landwirtschaft. Es ergibt sich daraus, daß sie zum größten Teil über überhaupt keine oder nur ganz geringe Steuern zahlt. Schmidt kommt zu einer Leistung von Real- und persönlichen Steuern von zusammen 34 M je Hektar im Reichsdurchschnitt. Die Produktionsleistung der Landwirtschaft wird auf 14 bis 16 Milliarden Mark jährlich geschätzt. Die Steuerleistung an Reich, Länder und Kommunen dürfte insgesamt 660 Millionen Mark betragen. Die gesamte Steuerleistung beträgt demnach rund 5 vH der Produktionsleistung. Georg Schmidt kommt nach dieser Untersuchung zu folgendem Ergebnis: Der Bedarf des Reiches beläuft sich auf 10 Milliarden Mark jährlich. Dazu leisten die landwirtschaftlichen Unternehmer noch nicht einmal den zehnten Teil. Allein aus der direkten Lohnsteuer, ohne die sonstige Massenbelastung, leisten die Lohn- und Gehaltsempfänger das Doppelte. Damit vergleiche man einmal, was die landwirtschaftlichen Windmacher landauf landab über die Steuerleistung der Landwirtschaft erzählen.

Der Wert des landwirtschaftlichen Grundvermögens wird allgemein zu niedrig hingestellt. Es wird im Jahre 1925 mit 23 Milliarden Mark angenommen. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 27 Millionen Hektar. Man sieht schon aus der Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen, daß die Schätzung des landwirtschaftlichen Grundvermögens nicht richtig sein kann. Schmidt kommt dann auch zu der Überzeugung, daß der Wert des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens etwa 65 Milliarden Mark beträgt. Zwischen dem angenommenen Einheitswert und dem tatsächlichen Wert besteht dennoch ein großer Unterschied.

Ein besonderes Gebiet ist die Lage der Landwirtschaft im Osten Deutschlands. In diesem Rahmen nehmen die Großbetriebe und die Provinz Ostpreußen einen besonderen Platz ein. Zweifellos haben die Grenzregionen zu der verarmtesten Lage der östlichen Provinzen beigetragen. Aber die Verhältnisse können doch nicht so schlimm sein, wenn die Sparanlagen in Ostpreußen immer noch die Hälfte des Reichsdurchschnitts betragen. Nach einer Feststellung des preussischen Finanzministers haben die Einlagen bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine ständige Steigerung gehabt. Sie betragen am 30. Juni 1929 1488 Millionen gegen 407 Millionen Ende 1925. Eine sehr beachtliche Kapitalbildung, die so gar nicht mit den üblichen Hoffschilderungen in Einklang zu bringen ist.

Im Schlufkapitel des Buches wird dargelegt, welche Wege die Agrarpolitik in Deutschland zu beschreiten hat. Vor allen Dingen muß die Landwirtschaft entschlossen sich auf die veränderte Lage einstellen. Anstelle der einseitigen Betonung der Getreidewirtschaft ist die Förderung der landwirtschaftlichen Verarbeitung notwendig. Eine solche Agrarpolitik kann aber nur in Fühlung mit den breiten Massen des Volkes in die Tat umgesetzt werden. Will man Produkte der landwirtschaftlichen Verarbeitung vorteilhaft absetzen und dabei eine Besserung der Wirtschaftslage in den landwirtschaftlichen Betrieben erzielen, dann ist die Voraussetzung die Hebung der sozialen Lage der breiten Massen des Volkes. So schließt diese äußerst lehrreiche Schrift. Sie ist geeignet, in Massenauflagen unter den Gewerkschaftsmitgliedern und Kleinbauern verbreitet zu werden.

Kälteperiode und Betriebsrisiko

Die Halle'sche Wägereimaschinenfabrik in Halle a. S. hat in der Zeit vom 16. Februar bis 6. März 1929 in ihrem Betrieb wegen Kohlenmangels nicht arbeiten lassen. Der Kohlenmangel war auf die ungewöhnliche Kälteperiode zurückzuführen. Der Mäger, ein Kontroleur, verlangt Nachzahlung des Lohnausfalls. Das Arbeitsgericht erkannte zugunsten des Mägers. Dagegen hat das Landesarbeitsgericht Halle a. S. mit Rücksicht auf die ungewöhnliche Kälteperiode ein Verbot des Arbeitgebers bei der Vorauszahlung der nötigen Kohlen erteilt und die Klage abgewiesen. Es könne dem Unternehmer auch nicht zugemutet werden, für 60 Arbeiter die Lohnausfälle zu zahlen, da dies den Ruin des Betriebes herbeiführen würde.

Diese Entscheidung lockt der Mäger mit der Revision beim Reichsarbeitsgericht an. Die Revision führte aus, daß es nicht auf den Bestand des Betriebes ankommen könne, daß vielmehr der Arbeitgeber auch mit seinem außerbetrieblichen Vermögen hafte, das Betriebsrisiko sei nicht allein auf das Betriebsvermögen beschränkt. Das Reichsarbeitsgericht ist der Revision im Ergebnis gefolgt, hat das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufgehoben und das Urteil des Arbeitsgerichts wiederhergestellt. Zur Begründung der Entscheidung wurde ausgeführt: Es kann dahingestellt bleiben, ob man in bezug auf die Beschaffung von Kohlen dem Arbeitgeber hier den Vorwurf der Fahrlässigkeit machen kann. Jedoch ist davon auszugehen, daß die Beschaffung von Kohlen, die als Reserve dienen können, in den Aufgabenskreis des Arbeitgebers fällt. Infolgedessen muß er auch eine Betriebsförderung vertreten, die darauf zurückzuführen ist, daß er für eine betriebsbezogene Notlage nicht gesorgt hat (RAG 696/29, 8.2.1930).

Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft

Durch einen dem preussischen Staatsrat vom Minister für Volkswirtschaft geleiteten Entwurf erfährt die Wohnungszwangswirtschaft in Preußen eine weitere Lockerung. Vom 1. April 1930 sollen als zwangsfreie teure Wohnungen bereits solche gelten, deren Jahresmietensumme 1800 M. und mehr in Berlin und 1400 M. in den übrigen Orten der Sonderklasse, 1000 M. in der Klasse A, 700 M. in der Klasse B, 500 M. in der Klasse C und 300 M. in der Klasse D beträgt. Die Aufhebung des Wohnungszwangsgesetzes für diese Wohnungen hat zur Folge, daß für den Fall des Zwangsverkaufs weder eine Beschlagnahme noch eine Zurechnung von Wohnungszugewandten vor den Wohnungsbauämtern stattfindet. Der Hauswirt ist hinfür berechtigt, an einen beliebigen Bewerber zu vermieten. Im Fall eines Wohnungsaustausches bleibt auch in Zukunft für den Vermieter der Zwang bestehen. Die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes bleiben aber auch für die freigegebenen Wohnungen vollständig in Kraft. Schutz gegen unangemessene Mietherhöhungen gewährt im übrigen weiterhin das Mieterschutzgesetz. Damit wird ein weiterer Schritt aus dem Gebilde der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen. Nach und nach wird es wahrscheinlich vollständig abgetragen werden. Die Arbeiterschaft wird sich dagegen zu wehren haben, daß etwa der Mieterschutz auch bei den billigen Wohnungen abgebaut wird.

Druck und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Röntgenstr. 10

Wahrheit und Dichtung in der Landwirtschaft

In Deutschland hält sich die Landwirtschaft für eine bevorzugte Schicht. Die Annahme findet ihre Entsprechung in den Ansprüchen. Sie sind nie vergeblich gestellt worden. In der wilhelminischen Zeit erstreckte sich der Grundbesitz, der preussische besonders sehr gewichtiger Vorrat. Ihm waren die hohen Stellen in der Armee, Diplomatie, Regierung und der Staatsverwaltung reserviert, außerdem den Grundbesitzern Gerichtsbarkeit, Polizei und Schulaufsicht überliefert und sein Besitz durch das Fideikommiss gesichert. Zu diesen Nachstellungen fügten sich beträchtliche geldliche Vorteile. Da der Grundbesitz im Staate herrschte, wurden ihm zuliebe Gesetze gemacht und für ihm zuliebe gestrichelt und ausgelegt. Es wurden ihm hohe Preise durch Schutzzölle, Einfuhrsteuern und ermäßigte Frachttarife verbürgt.

Im Fördern und Schreien hat die Landwirtschaft stets ihren Mann gestanden. Um die Schreierei mit im zu machen, wurden sie mit patriotischem Jut gewürzt. Von dem Wohl der Landwirtschaft hing das Wohl des Vaterlandes ab! Wenn aber die patriotische Phrase nicht zog, wurde es mit Drohungen verführt: Ohne Staat keine Röhne! Da die anderen Parteien gerne die Röhne, die Kriegsschiffe haben mochten, weil das fette Ferkel für die Schanerindustriellen sind, wurden die Forderungen des Junkers Kanis angenommen und die Junker ihrerseits bewilligten den Industriellen die Röhne.

Je mehr die Grundbesitzer erlitten, desto mehr verlangten sie. In regelmäßigen Zeitabständen kamen ihre Feldzüge für Forderungen und andere Vorteile. Allgemach hat man sich daran gewöhnt, daß es gar nicht mehr für ungebührlich ge-

halten wird, daß den Grundbesitzern die Staatskasse und die Taschen der häßlichen Bevölkerung zum Ausleeren zur Verfügung stehen. Durch die jahrzehntelange und äußerst geschickte Stimmungsmache ist die Meinung gefestigt worden, die Landwirtschaft leide bittere Not, viel mehr Not als die Proleten der Industrie. Dieser Aberglaube wird durch propagandistische Tricks und ordinäre Demagogie recht erfolgreich genährt. Was Wunder, daß die Klagen des Grundbesitzes allwärts geneigte Ohren finden und ihm Befehle und Staatsverwaltung bereitwillig dienen. So war es einst in der Monarchie, so ist es heute in der Republik.

Wie die Lage der Landwirtschaft wirklich ist, läßt sich nicht ohne weiteres darlegen, weil durch die planmäßige Stimmungsmache der Landstand verwischt worden ist. Es ist daher zu begünstigen, daß es sich der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, hat angelegen sein lassen, in einer Schrift (Zahlen und Schlagwörter der Agrarinteressen, Verlag Endehaus, Berlin SW 63) der Sache auf den Grund zu gehen.

Im Vordergrund der Schrift steht eine Untersuchung über die Verschuldung der Landwirtschaft. Hierüber werden ja die tollsten Geschichten verbreitet. Es wird behauptet, das Landvolk habe eine Schuldenlast von 14 Milliarden zu verzeichnen und zu tilgen. Diese Behauptung wird nun von Schmidt unter Anwendung unwiderlegbaren Materials auf ihre Wahrheit untersucht. Dabei kommt er zu der Feststellung, daß die Gesamtsumme der Kreditschuldungen in den Jahren 1924 bis 1928 um das Dreifache bis Vierfache zu hoch geschätzt ist. Die Zinsenlast, die immer als erdrückend für die Landwirtschaft han-

